

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz

44. Sitzung
5. Dezember 2019

Beginn: 10.37 Uhr
Schluss: 13.05 Uhr
Vorsitz: Oliver Friederici (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin
Drucksache 18/2236
„Klimanotstand Berlin“

[0293](#)
UmVerk

Hierzu: Anhörung der Vertrauenspersonen nach Art. 61
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin i.V.m. § 9
Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Volksinitiative,
Volksbegehren und Volksentscheid (Abstimmungsge-
setz)

Vorsitzender Oliver Friederici: Zu diesem Tagesordnungspunkt findet die in Artikel 61 Abs. 1 S. 3 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 9 Abs. 2 S. 1 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – Abstimmungsgesetz – vorgesehene Anhörung der Vertrauenspersonen der Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ statt. Ich begrüße Sie also alle noch einmal recht herzlich in der Reihenfolge, wie Sie sich gleich zu Wort melden werden. Das haben wir vorher vereinbart. Da ist zunächst einmal Herr Moritz Ellenberg, dann Frau Luisa von Neumann-Cosel, Frau Milena Glimbovski und Frau Jana Isabella Söller. Herzlich willkommen! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Da die Sprecherinnen und Sprecher des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz aufgrund der gesetzlichen Vorgaben zur Behandlung von Volksinitiativen im Abgeordnetenhaus vereinbart haben, den Vorgang bereits in der kommenden Sitzung am 9. Januar 2020 erneut zu beraten, um eine Beschlussempfehlung an das Plenum abzugeben, werden wir beim Präsidenten die vorrangige Erstellung des Wortprotokolls beantragen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch, damit so beschlossen.

Damit kommen wir nun zur Anhörung. Wie bereits angekündigt, haben Sie, vier Personen, insgesamt 20 Minuten für Ihre einführenden Stellungnahmen. Diese 20 Minuten können von Ihnen beliebig aufgeteilt werden. Ich hatte mit Ihnen ja schon vorher gesprochen, jeder hat fünf großzügige Minuten, und ich habe Ihnen ja gesagt, wie Sie damit am besten umgehen. Sie haben auch einige Präsentationen vorbereitet, sehe ich gerade. Dann starten wir in der genannten Reihenfolge – Herr Moritz Ellenberg, Frau Luisa von Neumann-Cosel, Frau Milena Glimbovski, Frau Jana Isabella Söller – nun mit der Anhörung. – Herr Ellenberg! Damit sind Sie dran, ich erteile Ihnen das Wort. Legen Sie los!

Moritz Ellenberg: Guten Morgen zusammen! Erst mal vielen Dank, dass wir heute die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ hier vorstellen dürfen! Ich bin Moritz Ellenberg. Zu meiner Person: Ich war früher in der freien Wirtschaft tätig, bin dann ausgestiegen, habe ein Weiterbildungsjahr gemacht und mich dann entschieden, mich im Bereich Klimaschutz zu engagieren. Ich bin bei der Volksinitiative seit Entstehung dabei und würde Ihnen deswegen gerne den Verlauf der letzten acht Monate kurz darstellen.



Entstehung Volksinitiative

- **Start und Aufbau im April**
- **erste Gespräche mit Politik/R2G**
- **Unterschriften sammeln ab Mai**
- **Antrag an AGH im August (40k+)**
- **Klimademo im September**
- **Klimanotstandkongress im November**

Wir haben uns im April als Bürger/-innen zusammengefunden und diese Volksinitiative gestartet. Von Anfang an gab es sehr viele Menschen, die uns dabei unterstützen und helfen wollten, diese Initiative aufzubauen. Wir haben direkt am Anfang auch Gespräche mit den Fachpolitikern von Rot-Rot-Grün geführt, ich erkenne heute hier auch einige bekannte Gesichter, und haben dann im Mai angefangen mit der Unterschriftensammelaktion. Beim Sammeln ist uns bewusst geworden, wie viele Menschen da draußen sich wirklich Sorgen machen um den Klimawandel und wie viele Menschen Angst haben vor der drohenden Klimakatastrophe. Wir haben dann im Sommer fleißig Unterschriften gesammelt und konnten drei Monate später, am 20. August, nicht nur die geforderten 20 000, sondern über 40 000 Unterschriften an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses übergeben.

Wir haben am 20. September an der großen Klimademo teilgenommen. Wir sind fester Bestandteil der Klimabewegung geworden und haben uns an diesem globalen Klimastreik beteiligen können, wo über 1,4 Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind. Am 2. November haben wir zudem den ersten Klimanotstandskongress in Berlin veranstaltet, an dem 34 Städte und Kommunen teilgenommen haben, die bereits den Klimanotstand ausgerufen haben. Ich würde Ihnen jetzt gern noch drei Bilder zeigen.



So ging es im Mai los, das war unsere erste Unterschriftensammelaktion auf dem Tempelhofer Feld. Drei Monate später waren wir dann im Abgeordnetenhaus und haben über 40 000 Unterschriften übergeben, zusammen mit unseren Unterstützern. Noch mal einen Monat später waren wir auf dem globalen Klimastreik in Berlin mit über 250 000 Menschen auf der Straße.



Die Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ wird unterstützt von:



Wir sind mittlerweile ein Kernteam von über 40 Personen, und im Umfeld sind es über 100 aktive Mitglieder. Wir haben zudem sehr viele unterstützende Organisationen, allen voran Fridays für Future, Extinction Rebellion, Greenpeace, Attac, Fossil Free, die Grüne Jugend und die Linksjugend, die unseren Antrag, unsere Forderungen und deren Dringlichkeit genauso sehen, wie wir sie sehen.

Forderungen	Begründung
1. Ausrufung Klimanotstand	Anerkennung dramatische Situation → Klimakatastrophe
2. Anpassung Planung auf Grundlage des Pariser Übereinkommen. Ziel: Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen.	Drastische Sofortmaßnahmen + Klimaneutralität innerhalb von 10 Jahren = 2031 → Wissenschaft*
3. Sofortige, drastische Maßnahmen zur Treibhausgas-Reduktion	Klimaneutralität 2050 = Beerdigung Paris >3 Grad Unkontrollierbarer Klimawandel = Kipppunkte Welt wird unbewohnbar → Wissenschaft**



*Quelle: Stefan Rahmstorf 2019: Wie viel CO2 kann Deutschland noch ausstoßen?

<https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>

**Quelle: Trajectories of the Earth System in the Anthropocene

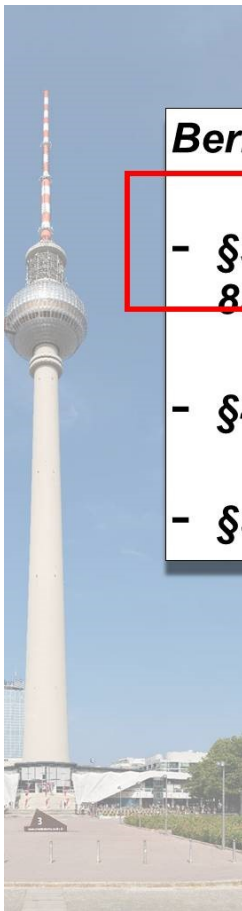
<https://www.pnas.org/content/115/33/8252>

*Quelle: New Climate Institute: 1,5°C: Was Deutschland tun muss

<https://newclimate.org/2019/03/14/15c-was-deutschland-tun-muss/>

Sie haben unseren Antrag, unsere Forderungen und die Begründung ja vorliegen. Ich würde jetzt trotzdem gern noch mal kurz auf die drei Kernforderungen eingehen. Wir fordern, dass Berlin den Klimanotstand ausruft, dass Berlin die Planungen auf Grundlage des Pariser Übereinkommens anpasst mit dem Ziel, die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, und dass sofortige drastische Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion in die Wege geleitet werden. Die Begründung dafür ist, dass wir wollen, dass anerkannt wird, in welcher dramatischen Situation wir uns befinden und dass eine Klimakatastrophe droht. Paris – 1,5 Grad – erfordert drastische Sofortmaßnahmen in Bezug auf Treibhausgasreduktionen und Klimaneutralität für Deutschland, aber auch für Berlin innerhalb der nächsten zehn Jahre. Klimaneutralität 2030 – das sagt die Wissenschaft ganz klar und eindeutig.

Klimaneutralität 2050 bedeutet im Gegensatz dazu die Beerdigung von Paris. Ich wiederhole das gern: Klimaneutralität 2050 bedeutet die Beerdigung von Paris. Dies führt dazu, dass wir eine Erderwärmung von 3 bis 4 Grad zu erwarten haben, dass dadurch ein unkontrollierbarer Klimawandel einsetzt und dass die Kipppunkte erreicht werden, wie in den letzten Studien schon gezeigt. Die Welt kann dadurch unbewohnbar werden, auch das sagt die Wissenschaft ganz klar und eindeutig.



Berliner Energiewendegesetz

- **§3: Ziele** → **CO2 Reduktion bis 2050: - 85%**
- **§4: Plan** → **BEK (mit Maßnahmen)**
- **§5: Monitoring** → **Bericht: 2016 (-31,4%)**

Volksinitiative Klimanotstand Berlin:

**„Wir sind nicht hier um über Maßnahmen zu reden.
Wir sind hier um über die Klimaschutzziele zu reden!“**

**Jede Maßnahme muss am Ende dazu führen,
dass wir 2030 Klimaneutralität erreichen“**

Wir wissen, dass Berlin ein Klimaschutzgesetz hat, das Berliner Energiewendegesetz, in § 3 – die Ziele – mit den Reduktionszielen von minus 85 Prozent. Selbst bei minus 95 Prozent können wir vielleicht 2050 von Neutralität sprechen. § 4, der Plan, und § 5, das Monitoring. Wenn man hier etwas verbessern will, dann setzt man als Allererstes bei den Zielen an, § 3. Wir als Volksinitiative sind heute nicht hier, um über Maßnahmen zu reden, wir sind heute hier, um über die Klimaschutzziele zu sprechen, und jede Maßnahme, die als Folge besprochen wird, muss dahin führen, dass wir 2030 klimaneutral sind. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Ellenberg! Das war ja eine Punktlandung, vielen Dank! – Nun sind Sie dran, Frau Neumann-Cosel – bitte, Sie haben das Wort!

Luisa von Neumann-Cosel: Vielen Dank! – Ich freue mich auch über die Einladung, bin froh, dass wir hier sein dürfen, und würde gerne in meinen fünf Minuten ein paar Worte zu unseren inhaltlichen Forderungen sagen und dazu, wie wir eigentlich darauf kommen, diese Forderungen so zu stellen, wie wir sie stellen.

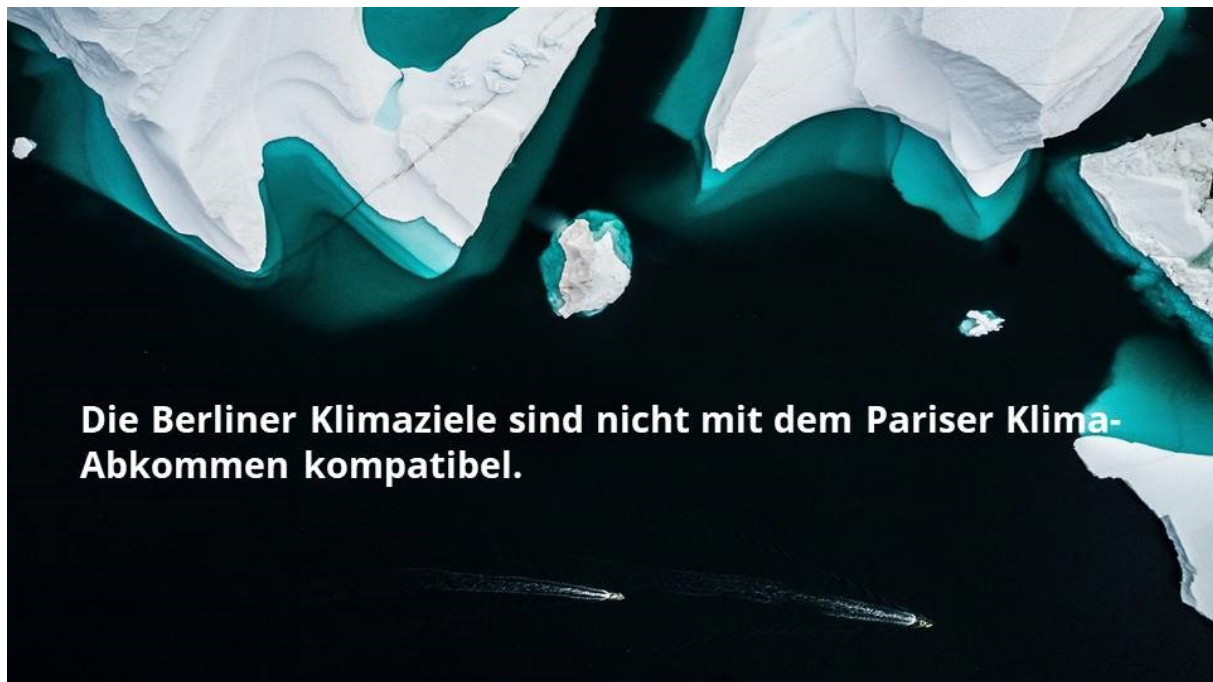
Vorab: Wir haben sehr erfreut zur Kenntnis genommen, dass im Senat in den vergangenen Tagen in Erwägung gezogen wurde, die Klimanotlage – das ist, glaube ich, der Begriff Ihrer Wahl gewesen – anzuerkennen. Das freut uns sehr. Wir wollen gern heute noch mal darauf hinweisen, dass das nur eine der Forderungen ist, die wir stellen, und – wenn ich das so ketzerisch ausdrücken darf – die vielleicht am wenigsten wichtige. Viel wichtiger ist uns, dass aus dieser Anerkennung eines Notstandes oder einer Notlage auch entsprechende Folgerungen gezogen, entsprechende Maßnahmen getroffen und Beschlüsse gefasst werden. Diese sehr konkreten Maßnahmen – zumindest in der Notwendigkeit, wie wir sie hier darlegen – haben wir bis jetzt in den Senatsvorlagen, den Diskussionen und den Medienberichten darüber vermisst, und deswegen wollen wir gern die Gelegenheit heute nutzen, hier noch mal darzulegen, warum wir das fordern, was wir fordern. Das sind im Wesentlichen gar nicht unsere Forderungen, sondern schlicht die wissenschaftlichen Fakten, die wir, für Berlin aufbereitet, hier gern noch mal kurz darstellen wollen.



Eine der zentralen Forderungen unserer Initiative, die über 40 000 Berlinerinnen und Berliner unterzeichnet haben, ist ja die nach der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030, nicht erst bis zum Jahr 2050, wie es im Moment vorgesehen ist. Unter Klimaneutralität verstehen wir den Ausstoß von netto null CO₂-Emissionen bis zu einem bestimmten Jahr, in diesem Fall also bis 2030, sprich: Es darf im Land Berlin nicht mehr CO₂ ausgestoßen werden, als zur selben Zeit gebunden wird.

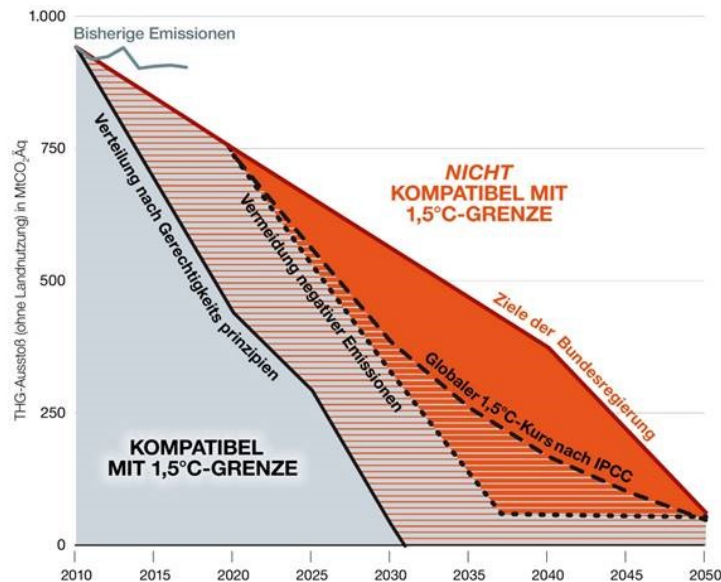


Auf der Website berlin.de steht im Bereich Klimaschutz zu den Berliner Klimazielen: Mit diesem ambitionierten Ziel leistet Berlin seinen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens.



Das Problem ist: Das stimmt leider nicht, denn die Berliner Klimaziele sind nicht mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel. So einfach ist es leider. Warum ist das so? – Das Pariser Klimaabkommen sieht ja vor, die Erderwärmung auf deutlich unter 2, wenn möglich auf weniger als 1,5 Grad zu begrenzen. Was das genau bedeutet, hat der IPCC, also der Intergovernmental Panel on Climate Change, im vergangenen Jahr 2018 in seinem Bericht zum

1,5-Grad-Ziel und zum Zustand der Welt vorgerechnet und beziffert, was das global verbleibende Budget an CO₂-Emissionen ist, das noch ausgestoßen werden darf, damit wir unter dieser kritischen 1,5-Grad-Schwelle bleiben. Der IPCC hat auch Pfade berechnet und vorgelegt, die die Weltgemeinschaft gehen muss, um unter dieser kritischen 1,5-Grad-Grenze zu bleiben.



Quelle: "1,5°: Was Deutschland tun muss." NewClimate Institute/Campact 2019.

Ich würde Ihnen gern ein paar Zahlen aus einer Studie vorlegen, die wir erstellt haben. Dazu muss ich ein paar Dinge erläutern, damit das einleuchtend ist. Diese Studie ist im März dieses Jahres vom New Climate Institute erstellt worden. Sie ist ursprünglich konzipiert worden, um darzulegen, was die Bundesrepublik Deutschland als Staat tun muss, um ihren fairen und angemessenen Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel zu leisten. Hier sehen Sie den Emissionszielpfad der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesregierung. Das Schöne ist, die Ergebnisse dieser Studie können im Wesentlichen auch auf das Land Berlin angewendet werden, denn die Klimaziele, die sich die Bundesregierung gesetzt hat, sind den derzeitigen Klimazielen des Landes Berlin ziemlich ähnlich. Da gibt es gewisse Abweichungen, aber keine wesentlichen. Sie sehen hier auch, das Klimaziel für 2030 ist dasselbe, das sich das Land Berlin gesetzt hat, und der Zielpfad der Bundesregierung sieht eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 vor.

Wir haben jetzt in dieser Studie den vom IPCC modellierten Emissionspfad, den die Weltgemeinschaft beschreiten muss, wenn sie das Pariser Klimaziel einhalten will, angewendet auf deutsche Emissionen. Das ist relativ einfach. Die Annahme ist im Prinzip: Alle Staaten der Welt reduzieren gleich schnell ihre Emissionen. Dann ergibt sich ein Emissionsreduktionspfad für die Weltgemeinschaft, der beschritten werden muss, damit das globale, für 1,5 Grad zur Verfügung stehende Budget nicht überschritten wird. Das ist jetzt eine relativ einfache und technische Annahme, dass alle Staaten gleich schnell reduzieren, das ist mir völlig klar. Die Botschaft aber ist, glaube ich, relativ deutlich: Man sieht nämlich, dass dieser Pfad deutlich steiler ist als der Pfad, den die Bundesregierung oder in unserem Fall der Berliner Senat

anpeilt, was bedeutet: Wir müssen deutlich schneller Emissionen reduzieren, wenn wir die 1,5-Grad-Grenze nicht überschreiten wollen.

In diesem Pfad, in diesem Szenario ist nicht berücksichtigt, dass Deutschland oder in unserem Fall Berlin mehr zu dem bereits in der Atmosphäre angereicherten CO₂ beigetragen hat als viele andere Länder in dieser Welt, das heißt, Gerechtigkeitskriterien sind hier nicht berücksichtigt. Ein weiteres Problem ergibt sich in diesem Pfad. Der IPCC geht in diesem Reduktionspfad davon aus, dass nach 2050 CO₂ in wesentlichem Umfang wieder aus der Atmosphäre entfernt wird. Dafür stehen im Moment keine Technologien in auch nur ansatzweise ausreichendem Umfang zur Verfügung, deswegen ist das ein Pfad, den wir nicht beschreiten dürfen, weil wir schlicht die Voraussetzungen nicht erfüllen.

Daraus ergibt sich dieses Szenario 2, das wir hier modelliert haben. Das sieht vor, dass es keine negativen Emissionen gibt, sprich: dass CO₂ nicht in nennenswertem Umfang wieder aus der Atmosphäre entfernt werden kann. Dann sehen Sie, dass der Pfad noch steiler wird. Das Ergebnis wäre in diesem Fall, dass eine Klimaneutralität schon ungefähr 2037 erreicht werden muss, wieder unter der Annahme, dass alle Staaten – oder alle Bundesländer in dem Fall – gleich schnell reduzieren. Auch hier ist sehr deutlich: Der Pfad ist noch steiler als der derzeit von der Bundesregierung, in unserem Fall vom Senat, vorgesehene Emissionsreduktionspfad, sprich: Mit diesem Pfad überschreiten wir das uns zur Verfügung stehende Budget sehr deutlich. Auch hier gehen wir wieder davon aus, wie gesagt, alle Staaten reduzieren gleich schnell, sprich: Auch hier sind in keinerlei Form in irgendeiner Weise Gerechtigkeitskriterien mit berücksichtigt.

Das ist in diesem letzten Szenario – Das ist die unterste Kurve, die Sie sehen, oberhalb dieses grauen Dreiecks. Das graue Dreieck, das Sie unter der Kurve sehen, ist im Prinzip das uns noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget, und diese Kurve, die nun berücksichtigt, dass möglicherweise nicht alle Staaten der Welt gleich schnell reduzieren können, stellt einigermaßen dar – natürlich mit einer gewissen Unsicherheit, wie das bei Modellierungen immer der Fall ist –, wie unser verbleibendes CO₂-Budget aussehen muss und wann eine Klimaneutralität vorhanden sein muss, wann wir das erreichen müssen, damit wir unter dieser kritischen 1,5-Grad-Schwelle landen. Das ist hier ca. im Jahr 2030 der Fall.

Ich hoffe, diese Grafik ist einigermaßen verständlich. Ich glaube, was deutlich wird, ist: Je rötter die Grafik wird, desto mehr überschreiten wir das uns zur Verfügung stehende CO₂-Budget. Der wesentliche Punkt, den wir hier betonen möchten, ist: Die Ziele, die sich das Land Berlin gesetzt hat, um die Klimakrise aufzuhalten, sind nicht ausreichend. Wir werden unserer Verantwortung nicht gerecht, wir leisten unseren fairen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen mit diesen Zielen nicht, und es ist dringend notwendig, dass wir diese Ziele den wissenschaftlichen Erkenntnissen, den Tatsachen anpassen und unseren Beitrag leisten, um die Erderwärmung zu begrenzen.



Man kann das auf den einfachen Satz reduzieren: Wir kommen 20 Jahre zu spät beim Klimaschutz, und das sind 20 extrem teure Jahre, die wir uns nicht leisten können. Deswegen möchten wir Ihnen gern heute unsere eindringliche Forderung übergeben, der sich mehr als 40 000 Berlinerinnen und Berliner in sehr kurzer Zeit angeschlossen haben. In den vergangenen Monaten sind immer wieder Hunderttausende auf die Straße gegangen, die ganz ähnlich fordern: Erkennen Sie die Katastrophe an und verhindern Sie sie! Handeln Sie! Sorgen Sie dafür, dass wir unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten! Ganz explizit möchten wir noch mal erwähnen: Wer den Klimanotstand oder die Klimanotlage anerkennen und dabei nicht lügen möchte, der muss auch die Klimaziele anpassen und ausreichende Maßnahmen beschließen, damit wir diese Ziele erreichen. Was uns in den letzten Jahren deutlich geworden ist, ist, dass dafür warme Worte und Lippenbekenntnisse nicht ausreichen. Deswegen freuen wir uns auf mehr als warme Worte und Lippenbekenntnisse von Ihnen. – Vielen Dank! – [Beifall vonseiten der Zuhörer/-innen] –

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen, Frau Neumann-Cosel! – Jetzt muss ich darauf hinweisen, dass Beifallsbekundungen aus dem Publikum nicht gestattet sind. Bitte unterlassen Sie das und auch sonstige Störungen! Sie wissen ja, was in der Geschäftsordnung steht. – Wir kommen jetzt zu Frau Milena Glimbovski. Sie haben das Wort – bitte sehr! Sie haben auch eine Präsentation, die haben Sie schon eingespielt? – Prima! Sie können loslegen.

Milena Glimbovski: Los geht's! Guten Tag! Mein Name ist Milena Glimbovski. Ich bin die Geschäftsführerin von Original Unverpackt, dem Supermarkt ohne Einwegverpackungen. Ich wurde vom Berliner Senat letztes Jahr als Unternehmerin des Jahres ausgezeichnet, bin auch aktiv bei Entrepreneurs for Future und heute hier als Vertrauensperson der Klimanotstandsinitiative.



Ich erzähle Ihnen ein bisschen was zum Klimanotstandsbegriff. Das ist ein Begriff, der einfach aus dem Englischen – Climate Emergency – übersetzt wurde. Er hat rechtlich keine Folgen, keine Konsequenzen, die wir fürchten müssen.

Oxford Dictionaries definiert climate emergency als
„eine Situation, in der dringend gehandelt werden muss,
um den Klimawandel abzuschwächen oder aufzuhalten und
daraus entstehende möglicherweise irreversible
Umweltschäden zu verhindern“

Das Oxford Dictionary hat es zum Wort des Jahres gekürt und wie folgt definiert: Es ist eine Situation, in der dringend gehandelt werden muss, um den Klimawandel abzuschwächen oder aufzuhalten und daraus entstehende, möglicherweise irreversible Umweltschäden zu verhindern. – Klimanotstand ist für uns nicht einfach nur ein Begriff. Es ist eigentlich eine Bewe-

gung, eine weltweite Bewegung, die 2016 in Melbourne, Australien, gestartet wurde, 2018/19 nach Europa geschwappt ist, 2018 in Bristol und jetzt, 2019, stark in Deutschland.

“Pope Francis declares 'climate emergency' and urges action”

- Guardian, 14. Juni 2019

“UN-Generalsekretär Guterres erklärt den Klimanotstand”

- ARD, 26. Mai 2019

“UN Climate Chief Urges Action on Climate Emergency”

- UNFCCC, 18. Juni 2019

“We recognise the global climate emergency.”

- Michael Müller et al. beim C40 World Mayors Summit 2019

“Europaparlament ruft "Klimanotstand" für Europa aus”

- Zeit, 28. November 2019

Selbst der Papst hat den Klimanotstand erklärt und sagt, wir müssen handeln. Wenn der Papst gesprochen hat, kann ich eigentlich auch schon aufhören. Was soll ich dem noch hinzufügen?

84 deutsche
Kommunen

darunter Köln, Konstanz und die Berliner Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Pankow

Trotzdem haben sich 84 deutsche Kommunen die Mühe gegeben und den Notstand ausgerufen, auch die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Pankow. Das sind zusammen mehr als 700 000 Menschen, die in Berlin bereits im Klimanotstand leben. Es könnten noch mehr wer-

den. Die EU hat letzte Woche den Klimanotstand ausgerufen. Auch sie verwendet den Begriff der offiziellen deutschen Übersetzung: Klimanotstand. Insofern leben eigentlich wir alle – schließlich ist Deutschland ja EU-Mitglied und bleibt es auch – bereits im Klimanotstand. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir in Berlin uns diesem noch mal ganz besonders widmen müssen. Wir brauchen eine offizielle Anerkennung, und zwar aus folgenden Gründen – zum Ersten: Es ist eine Sache, wenn ich in den Medien Klimakrise hier und IPCC-Bericht da und Waldbrände dort höre, es ist aber etwas ganz anderes, wenn Sie, das Berliner Abgeordnetenhaus, der Ausschuss sagt: Ja, wir haben ein Problem, wir haben eine Klimakrise, wir brauchen die Ausrufung des Klimanotstands jetzt. – Es ist eine ganz andere Wahrnehmung, es hat eine Tragweite, derer wir uns vielleicht noch gar nicht so bewusst sind.

Das Zweite ist: Ich bin Unternehmerin. Mein Job ist es eigentlich nicht, hier zu sitzen. Mein Job ist es, meine zwei Läden, meine 25 Mitarbeiter zu führen und irgendwelche lustigen Interviews zu geben, welche nachhaltigen Geschenkverpackungen Sie alle jetzt für Weihnachten nehmen sollen – am besten gar keine natürlich! Aber ich kann das nicht machen. Ich bin paralysiert. Ich bin wirklich eingeschränkt, weil ich nicht weiß, ob ich meinen Mitarbeitern langfristig einen Job garantieren kann, welche Zukunft wir haben, wenn nicht mal die Berliner Regierung den Klimanotstand anerkennt und sich bewusst wird, was eigentlich gerade los ist. Das hindert mich an meiner Arbeit.



Der erste Schritt ist – Greta Thunberg hat es so schön auf den Punkt gebracht: „Our house is on fire“, unser Haus brennt –, dass wir sagen: Das Haus brennt. – Das ist für mich die Ausrufung des Klimanotstands. Unser Haus brennt, und jetzt müssen wir alle rausgehen und anfangen zu löschen.

Der dritte Punkt ist: Wir Menschen haben schon viel geschafft, wir sind echt tolle Wesen. Wir waren auf dem Mond, wir können Wunder bewirken. Und das, was wir jetzt brauchen – nach den Ausführungen meiner Kollegin Frau Neumann-Cosel –, ist ein Wunder. Wir brauchen

jetzt richtige Maßnahmen. Damit diese geschehen können, ist die Ausrufung des Klimanotstands der allererste Schritt. Neun von 15 Kippunkten, die unwiederbringlich sind, die man nicht rückgängig machen kann, sind bereits erreicht. Wir haben noch zehn Jahre Zeit, wir haben ja schon fast 2020, um noch Maßnahmen, die etwas bewirken, durchzubringen. Meine Kollegin hat das gerade wunderschön erläutert. Ansonsten haben wir, wie auch Berechnungen ergeben, 3,9 Grad Erhitzung im Jahr 2100. Ich bin 29, ich werde das Jahr nicht erleben, und wenn ich so in die Runde schaue – ich glaube, keiner von Ihnen wird dieses Jahr erleben, ehrlicherweise. Ich kenne aber eine Person, die dieses Jahr erleben wird, das ist mein Sohn. Mein Sohn Karl ist eins, er lernt gerade laufen, das ist ganz süß, er läuft und fällt wieder hin, das ist wirklich Zucker. Mein Sohn wird im Jahr 2100 82 Jahre alt sein, also gar nicht so unrealistisch, dass er am Leben ist. Das Schönste, was mir im Leben passiert ist, ist, dass ich ein Kind bekommen habe, und das, was ich mir für meinen Sohn wünsche, ist, dass er, wenn er es möchte, auch Kinder haben kann. Ich glaube nicht, dass das passieren wird, weil das Haus, in dem wir leben, gerade abgebrannt wird, und wir stehen drin und gucken zu. – Das war's! Danke! – [Beifall bei den GRÜNEN] –

Vorsitzender Oliver Friederici: Recht herzlichen Dank, Frau Glimbovski! – Nun, Frau Söller, Sie haben bestimmt auch was vorbereitet. – Bitte schön!

Jana Söller: Guten Tag! Mein Name ist Jana Söller. Ich bin 25 Jahre alt, in Berlin geboren und aufgewachsen und studiere derzeit das Fach Bildungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin. Dort habe ich im März 2019 bei den Students for Future meinen Aktivismus begonnen und ihn die letzten sechs Monate u. a. bei Extinction Rebellion fortgesetzt. Zu Beginn meines Inputs möchte ich Sie alle bitten, sich heute neben der rationalen auch auf die emotionale Ebene einzulassen. Oft wird Emotionen im Umgang mit den ökologischen Krisen nicht sehr viel Raum gegeben, weil die meisten Diskussionen zu diesem Thema von Prozentzahlen, wissenschaftlichen Studien usw. geprägt sind und weil die Diskussionen, die wir zu diesem Thema führen, meist sehr rational sind. Ich persönlich denke, dass Ratio und Emotion zusammenarbeiten und gerade bei diesem Thema die Gefühle, die wir spüren, zur Grundlage unseres Handelns gemacht werden sollten.

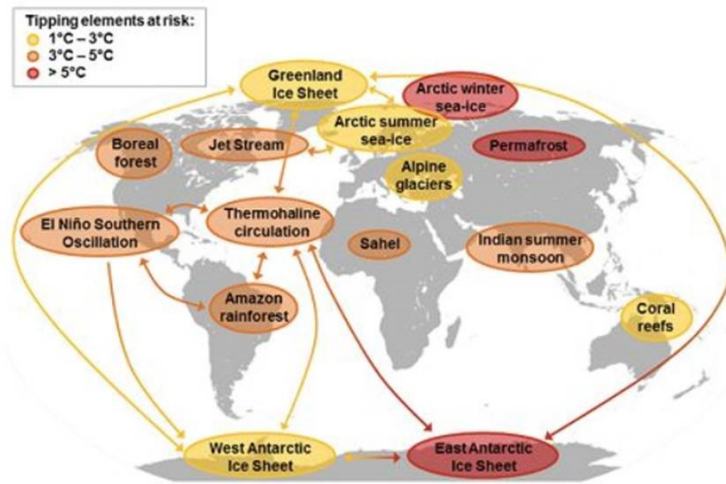
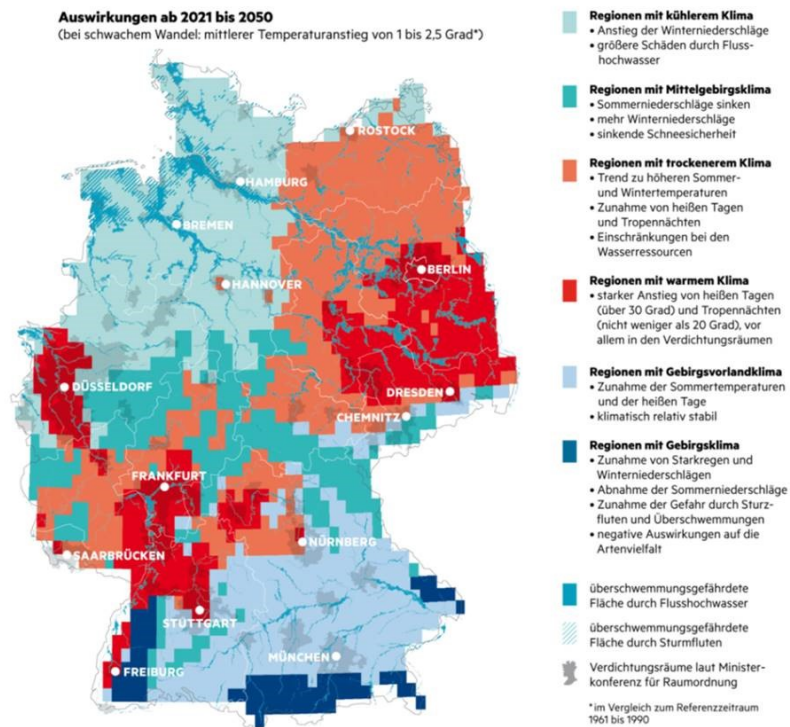


Figure 3. Global map of potential tipping cascades. The individual tipping elements are color-coded according to estimated thresholds in global average surface temperature (tipping points; 18,43). Arrows show the potential interactions among the tipping elements, based on expert elicitation, which could generate cascades. Note that although the risk for tipping (loss of) the East Antarctic Ice Sheet is proposed at >5°C, some marine-based sectors in East Antarctica may be vulnerable at lower temperatures (44–47).

Quelle: Trajectories of the Earth System in the Anthropocene
<https://www.pnas.org/content/115/33/8252>

Dieses Bild kennen Sie bestimmt schon. Ein internationales Forschungsteam von Wissenschaftlern hat sich 2018 mit allen zu erwartenden Rückkopplungseffekten und Feedback-Loops wie z. B. dem Albedo-Effekt, Waldbränden und dem Tauen der Permafrostböden beschäftigt und die Frage gestellt, an welchem Punkt die Menschheit tatsächlich in einen galoppierenden Klimawandel geraten könnte, der nicht mehr mit Maßnahmen aufzuhalten ist, den wir nicht mehr durch menschliches Einwirken kontrollieren oder stabilisieren können. Genau darum geht es. Die Forscher in dieser Darstellung wissen nicht, wo genau diese Schwelle liegt, bei deren Erreichen uns ein galoppierender Klimawandel von Kipppunkt zu Kipppunkt in eine Heizeit führen könnte, aber sie sagen, dass diese Schwelle bereits bei 2 Grad Erwärmung erreicht sein könnte. Es kann also noch zu unseren Lebzeiten bzw. zu Lebzeiten unserer Kinder passieren, dass die Schwelle überschritten und jegliche menschliche Kraft absolut nutzlos gegen diese Naturgewalten wird. Da wir hier und heute aber von den globalen Problemen hin zu Berlin kommen möchten, werde ich nun auf die Auswirkungen und Folgen der Klimakrise für die Hauptstadt Deutschlands und deren Bewohner eingehen.



Quelle: <https://interaktiv.morgenpost.de/klimawandel-berlin/>

Quelle: <https://www.rbb24.de/panorama/thema/2019/klimawandel/beitraege/klimawandel-berlin-brandenburg-zukunft-szenario-2100.html>

Hitzebelastung durch Tage mit mehr als 30 Grad und Tropennächte, in denen es nicht unter 20 Grad wird, nehmen zu. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war 2018 das wärmste Jahr in Berlin wie auch deutschland- und weltweit. Bereits 2050 könnte hier ein Klima herrschen, das mit dem heutigen in Toulouse in Südfrankreich vergleichbar ist. Laut einer Studie der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt gehört die Hauptstadt zu den künftig am stärksten vom Klimawandel betroffenen Regionen in Deutschland. Die Studie ist von 2015. Während sich die einen über besseres Wetter freuen, machen die mit der Hitze steigenden Ozon- und Feinstaubbelastungen in der Luft den Aufenthalt im Freien für viele unerträglich, im schlimmsten Fall sogar lebensgefährlich. Meist sind es die älteren Menschen, Kleinkinder und unter Krankheiten wie Asthma Leidende, denen die hohen Temperaturen besonders zusetzen. Der Klimawandel wird dieses Problem in Zukunft weiter verschärfen, insbesondere in eng und hoch bebauten Großstädten wie Berlin. Auch die Zahl der besonders heißen Tage mit Temperaturen über 35, teilweise sogar über 40 Grad dürfte sich erhöhen. Eine derartige Hitze belastet den menschlichen Organismus stark. Es gibt Berechnungen, wonach in Deutschland pro einem Grad Temperaturanstieg die hitzebedingten Todesfälle um 6 Prozent steigen.



Im Sommer gibt es somit lang anhaltende Dürreperioden, Feldfrüchte verdorren, Wälder trocknen aus, die Brandgefahr steigt. Seen und Flüssen geht das Wasser aus. Im Jahr 2018 verursachten Hitze und Trockenheit in der Landwirtschaft Schäden in Höhe von 700 Millionen Euro. Hitze und Niederschlagsextreme könnten für das landwirtschaftlich geprägte Brandenburg, das schon jetzt vergleichsweise arm an Niederschlägen ist, fatale Folgen haben, auch für die Großstadt Berlin, wo große Flächen versiegelt sind. Die Region Berlin-Brandenburg sei eine der am stärksten verwundbaren Gebiete Deutschlands, bilanziert das brandenburgische Landesamt für Umwelt mit Blick auf die derzeitigen klimatischen Gegebenheiten.

Ich frage mich, wie die z. B. gerade von mir genannten Folgen Ihnen tatsächlich nicht den Arschtritt geben, welcher derzeit benötigt wird. Wir könnten jetzt über Maßnahmen, Arbeitsplätze und Kosten sprechen und darüber, was es eigentlich heißt, Politiker zu sein, was es eigentlich heißt, jetzt zu leben in der Ruhe vor dem Sturm, in der Vorahnung davon, wie die Welt in 100 Jahren aussehen wird. Aber wir müssen hier und jetzt und heute über die Verschärfung von Klimaschutzzielen sprechen, über Klimaneutralität 2030 in Berlin, um das Allerschlimmste abzuwenden. Ich zitiere jetzt noch Frau Krautzberger zum neuesten Monitoringbericht des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes von letzter Woche:

Die Zukunft hat uns bereits erreicht. Deutschland steckt mittendrin in der Erderhitzung, mit weitreichenden Folgen für Umwelt, Gesellschaft und Gesundheit. Es muss dringend vorgesorgt werden, um diesen Folgen zu begegnen. Das Monitoring muss

weiter verbessert werden und Klimawandelfolgen auf der einen und staatliche Investitionen auf der anderen Seite komplett erfassen.

– Danke schön! – [Beifall von links] –

Vorsitzender Oliver Friederici: Wir danken Ihnen, Frau Söller, und den anderen Angehörten zunächst einmal. Nach der Stellungnahme des Senats kommen wir zur Aussprache der Abgeordneten und den Fragen, die an Sie gerichtet werden – so vermute ich. Deswegen empfehle ich, dass Sie sich das netterweise vielleicht merken. Wir kommen nun zur Stellungnahme des Senats von Frau Senatorin Günther. – Bitte sehr!

Senatorin Regine Günther (SenUVK): Vielen Dank! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Vielem, was hier gesagt wurde, stimme ich zu bzw. ist dem wenig hinzuzufügen. In der Tat, die Klimaerhitzung – das ist für alle wahrnehmbar – hat begonnen. Ich würde auch nicht mehr von Erwärmung sprechen. Die mittlere Lufttemperatur in Deutschland hat sich von 1881 bis 2018 um 1,5 Grad erwärmt, also erhitzt. Das hat gravierende Folgen, auch hier in Deutschland, in Berlin – einiges haben wir gehört –, für die Gesundheit. Ich möchte aber auf Berlin eingehen. Am signifikantesten war, zumindest für uns, in den letzten 14 Tagen der Waldzustandsbericht. Der Zustand ist so schlimm, dass nur noch 8 Prozent der Bäume gesund sind; 36 Prozent sind schwer geschädigt. Das ist für uns voraussehbar der Beginn. Es ist nicht so, dass wir davon ausgehen können, dass es da eine schnelle Erholung gibt. Wir könnten jetzt die Aufzählung der Folgen davon, dass wir fossile Energieträger verbrennen, bis heute Nacht fortführen. Ich will das nicht machen, weil sie endlos sind. Wir verändern den Planeten in einer Geschwindigkeit, wie sie die Erdgeschichte noch nie gesehen hat. Das Problem ist die Geschwindigkeit, weil die Anpassungsprozesse, auch in der Natur, nicht so schnell gehen können.

Was müssen wir tun? – Es sind vor allem drei Bereiche, die uns beschäftigen. Eigentlich ist die Antwort relativ einfach. Wir verbrennen keine fossilen Energieträger mehr, keine Kohle, kein Öl und Gas. Wir nutzen sie vor allem in drei Bereichen, zur Bereitstellung der Energie, für den Verkehrssektor und den Gebäudesektor, das heißt, für Wärme. Wir haben als Senat – wir sind jetzt drei Jahre im Amt – schon sehr viel angeschoben in allen Bereichen, nur dürfen wir nicht unterschätzen, es ist Infrastruktur, über die wir hier sprechen. Das heißt, alle Maßnahmen, die wir ergreifen, werden nicht sofort morgen wirksam, sondern es ist ein Transformationsprozess, der länger dauert, als uns allen lieb sein kann. Aber wir dürfen nicht vergessen: Infrastruktur – was wir heute nicht entscheiden, wird dann auch 2025 nicht verändert sein.

Wir arbeiten mit Hochdruck an diesen Veränderungen, anfangen – ich möchte zwei, drei Schlagworte nennen – beim Mobilitätsgesetz, das die Grundlage unserer Fortbewegung vollkommen verändert. Wir wollen weg vom fossilen motorisierten Individualverkehr hin zum Umweltverbund, der elektrifiziert ist und dessen Elektrifizierung auf erneuerbaren Energien basiert. Das ist die Kette. Wir wollen so schnell wie möglich aus der Kohle aussteigen – wir haben bis 2030 als Ziel –, um dann schnellstmöglich auf Erneuerbare umzusteigen.

Deshalb hat mein Haus einen Vorschlag an den Senat gemacht, der nächsten Dienstag verhandelt wird. Die Eckpunkte darin sind – Sie sagen „Klimanotstand“, Climate Emergency ist auch unsere englische Bezeichnung von dem, was wir wollen oder was wir beschreiben –, die

Klimanotlage anzuerkennen. Wir haben nicht diese Begrifflichkeit „Klimanotstand“ gewählt, weil es im deutschen Sprachraum Missverständnisse geben könnte – muss nicht, aber gerade die Notstandsterminologie hat sehr viel mit Einschränkung demokratischer Rechte zu tun, und ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir das nicht in Verbindung bringen sollten, sondern auf Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens Lösungen für diese Krise finden.

Zweitens: Ich stimme damit überein, dass wir auf Grundlage des Pariser Klimaschutzabkommens handeln sollen und müssen. Darin heißt es, wir sollen möglichst unter 2 Grad bleiben und 1,5 Grad anstreben. Das werden wir tun. Auch wir in Berlin müssen unsere Ziele anpassen, das Wichtige ist aber, dass wir jetzt nicht nur deklaratorisch etwas machen, sondern schnellstmöglich die Maßnahmen auch auf den Weg bringen. Als ich im Abgeordnetenhaus angekündigt habe, dass so eine Vorlage aus meinem Haus kommt – – Das sind natürlich kurze Zeiträume. Wir werden im Anschluss – wenn der Senat das beschließt – dann sehr schnell solche Maßnahmen auf den Weg bringen.

Wir wollen, dass ein Klimavorbehalt eingeführt wird, das heißt, dass alle oder gravierende Maßnahmen auf die Auswirkungen auf das Klima hin geprüft werden. Wir wollen eine Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung und mit diesem Bündel zeigen und noch mal klarmachen, wie ernst wir Klimaschutz nehmen. Wenn wir sagen, wir wollen die Ziele anpassen, dann müssen wir sagen, in welche Richtung wir gehen. Ich finde es richtig, 1,5 Grad anzustreben. In den Diskussionen, die wir hatten – Sie haben es ja aufgezeigt, Frau Neumann-Cosel –, geht es um das Budget. Je schneller wir jetzt runterkommen, desto länger haben wir vielleicht auch Zeit, die schwierigen Emissionen einzusparen, die noch länger brauchen.

Wir haben uns da über den Gebäudesektor unterhalten, der mir die meisten Kopfschmerzen macht, sodass wir uns, wenn wir es schafften, bei Energie und Verkehr sehr schnell nach unten zu kommen, damit noch etwas Zeit für einen sehr viel schwerfälligeren Sektor nehmen. Deshalb würde ich weiterhin sagen, dass wir augenblicklich über 2030, 2035 hinausdenken müssen. Ich glaube, da haben wir ein gemeinsames Verständnis. Mit den Technologien, die Sie aufgemalt haben, alle drei Sektoren bis dahin zu dekarbonisieren, nämlich keine negativen Emissionen, brauchen wir noch etwas mehr Zeit nach hinten, aber auf gar keinen Fall auf der Emissionshöhe, die wir augenblicklich sehen.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Senatorin, für den Bericht des Senats! – Wir kommen jetzt zur Aussprache und Fragerunde der Abgeordneten. Ich würde Sie darum bitten, dass wir heute, so wie immer, nur eine Rederunde haben. Wenn wir uns darauf verständigen, wäre das ganz prima. Können wir so verfahren? – Vielen Dank! Dann lassen wir uns dafür so viel Zeit, wie wir brauchen. Im Anschluss werden die Anzuhörenden die Möglichkeit haben, darauf wieder in großzügigen fünf Minuten zu antworten. – Ich verlese Ihnen die Redeliste zum jetzigen Zeitpunkt: Das sind ausschließlich die Herren Buchholz, SPD, Kössler, Bündnis 90/Die Grünen, Freymark, CDU, Dr. Efler, Linke, Scholtysek, AfD, und Schmidt, FDP. – Zunächst hat Herr Buchholz für die SPD das Wort. – Bitte sehr!

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die vier Anzuhörenden für die klaren und eindringlichen Worte! Es ist absolut angemessen, was Sie dargestellt haben. Es ist absolut notwendig, eine Krise, die eine ist, auch so zu benennen. Bis auf eine Fraktion hier im Abgeordnetenhaus, das ist, das wissen Sie, die AfD-Fraktion, ist es glücklicherweise Konsens, dass die anderen demokratischen Parteien sagen: Ja, es gibt eine Krise, die sich nicht nur auf Berlin, Deutschland, sondern tatsächlich auf die ganze Welt bezieht. Das muss man auch als solches aussprechen und anerkennen, denn wir müssen heute handeln, um schlichtweg nicht die Zukunft unseres Planeten – Frau Glimbovski hat ihren kleinen Sohn angesprochen. Das ist genau der Maßstab. Was wir vergessen: Ein Kind, das heute geboren wird, wird das alles noch erleben, über was wir hier ganz abstrakt reden. Was 2050 sein soll, erst recht, was 2100 sein soll, klingt wahnsinnig weit weg, aber das ist die kommende Realität, die nicht Generationen entfernt ist, sondern die eine, die jetzt geboren ist, wird es aktiv erleben. Sie haben dankenswerterweise alle sehr klar dargestellt, dass es nicht eine abstrakte Diskussion ist.

Ich muss immer sagen, bis auf die AfD-Fraktion, ist es heute anerkannt, dass wir nicht nur über die Klimakrise, über einen Klimanotstand, eine Klimanotlage weltweit reden müssen, sondern dass wir, die Senatorin hat es gerade ausgeführt, das auch im Land Berlin mit ganz konkreten Klima- und Umweltdaten nachmessen können. Ich weiß, Herr Scholtysek, Sie werden es gleich wieder vorrechnen, dass wir hier nur einen Anteil von 2 Prozent weltweit haben. Diese Rechnung stimmt schon mal grundsätzlich nicht. Das Paket, das wir alle in den letzten rund 200 Jahren, seit Beginn der Industrialisierung, wo die Menschen in größerem Maßstab begonnen haben, nicht nur ein kleines Feuer zu machen, sondern insbesondere Kohle zu verbrennen, fossile Energieträger zu benutzen und auch wir als hochindustrialisiertes Land über Jahrzehnte und Jahrhunderte schon einen riesigen ökologischen Fußabdruck haben, aber auch mit dem, was unseren Lebensstil ausmacht, was Sie an Kleidung tragen, was ich an Kleidung trage, was wir hier an Laptops benutzen – Ja, die werden in China produziert, das geht nicht primär auf unser Konto, aber vom Verbrauch, vom Lebensstil her sind wir das auch, und das muss man anerkennen und sollte es auch aussprechen. Glücklicherweise tun das alle, bis

auf Ihre Fraktion. Deswegen ist die Diskussion darüber: Können und müssen wir eine Notlage oder einen Notstand – – Ich freue mich sehr, dass Sie nicht auf dem eigentlichen Begriff Notstand beharren. Wir haben bei Frau Neumann-Cosel schon gehört, dass das überhaupt keine Frage ist. Wer das nicht anerkennt, lebt, glaube ich, nicht in dieser Welt und hat im Jahr 2019 die wissenschaftlichen Erkenntnisse, wie auch das, was wir alle täglich erleben können – – Die Waldzustandszahlen sind ganz aktuell, die sind zwei, drei Tage alt, wo wir sagen müssen, dass im Prinzip fast alle Bäume in diesem Bundesland schwer geschädigt sind, weil sie nämlich richtig Probleme haben. Wir müssen aktiv etwas dagegen tun. Darum haben wir gerade in den Haushaltsnachverhandlungen – gerade war es im Hauptausschuss, Ihre Fraktion hat nach meiner Kenntnis nicht zugestimmt, Herr Scholtysek – noch mal über 50 Millionen Euro, in Summe, glaube ich, 60 Millionen Euro für naturnahe Entwicklung, für den Erhalt von Bäumen und Wäldern hier in Berlin extra draufgelegt. Das hat einen ganz besonderen Grund: weil wir das anerkennen.

Vielleicht noch zum Grundsatz, weil die Diskussion auch immer kommt: Ja, Klimaschutz kostet Geld. Kein Klimaschutz kostet noch mehr Geld. Dann werden wir nämlich alle dafür zahlen müssen, wenn wir im nationalen wie auch im internationalen Maßstab erleben müssen, dass es ganz neue, gerade für die AfD-Fraktion interessante Migrationsströme geben wird, weil Millionen von Menschen davon betroffen sind, wenn schlichtweg ihr Land absäuft. Dann darf sich keiner wundern, wenn das sehr große Migrationsströme auslösen wird. Wir werden es hier vor Ort erleben. Ich habe es schon gesagt, und auch von Ihnen sind die Sterblichkeitsraten angesprochen worden. Das ist nichts, was weit weg ist. Das ist etwas, was Sie ganz konkret mit Berliner statistischen Zahlen unterlegen können. Das sollte man zumindest mal annehmen.

Wir haben zwei Ebenen, und ich will die eine mal nennen, weil wir die als hier im politischen Raum Tätige manchmal ein bisschen hinten runterfallen lassen. Es fängt erstens mit unserem eigenen Lebensstil an, und es ist zweitens eine politische gemeinschaftliche Aufgabe, das, was wir gemeinsam als Gemeinschaft definieren, und dort müssen wir uns klarere, deutlichere und härtere Ziele als bisher setzen, sonst versagen wir, gerade vor den Anforderungen, vor denen wir stehen. Berlin hat ein Klimaschutzgesetz, übrigens als eines von sehr wenigen Bundesländern. Das heißt Energiewendegesetz. Ich bin sehr stolz darauf, dass es das überhaupt gibt. Ja, wir werden dieses Gesetz anfassen müssen, und das werden wir tun als Koalition, es zu verschärfen. Das, was wir aus den Pariser Notwendigkeiten sehen, wollen und müssen wir in dem Gesetz nachtragen, das heißt, die Klimaneutralität 2050 auch mit einem 95-Prozent-Ziel bei der CO₂-Reduktion aufzunehmen. Das ist sehr anspruchsvoll. Die Anzuhörenden haben dargelegt, dass wir am besten schon 2030 bei der Klimaneutralität sein müssten. Die Senatorin hat darauf hingewiesen: Das wird in der Praxis, wenn wir eine vorhandene Stadt und eine vorhandene Infrastruktur haben, eine unglaubliche Herausforderung, aber wir sollten sie angehen und nicht den Kopf in den Sand stecken.

Wir haben glücklicherweise eine Machbarkeitsstudie zum Kohleausstieg. Berlin ist ein Bundesland, in dem seit 2017 in Kraftwerken keine Braunkohle mehr verbrannt wird. Wir werden es bis spätestens 2030 schaffen – das wissen wir seit der Machbarkeitsstudie –, auch aus der Verbrennung von Steinkohle und damit insgesamt aus dem Verbrennen von Kohle auszusteigen, viel früher als viele andere Bundesländer. Das werden wir hier in praktische Politik umsetzen.

Wir haben ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm, das mit mehr als 100 Millionen Euro ausgestattet ist, um konkrete Klimaschutzmaßnahmen in Berlin umzusetzen, und das Entscheidende ist, dass wir nicht bloß darüber reden: Ist hier eine Notlage oder ein Klimanotstand ausgerufen? –, sondern dass wir in das Handeln, in das Umsetzen kommen und dass wir dafür Ressourcen bereitstellen. Das ist unsere gemeinschaftliche Antwort als Land, wo wir als Politik das Geld steuern können, aber in den Köpfen müssen wir alle daran arbeiten. Deswegen finde ich es sehr gut, dass Sie sagen, Sie gehen nicht bloß darauf ein, dass Sie Unterschriften gesammelt haben, mehr als 40 000, dass Sie bei den Klimademos dabei waren. Ich war auch dabei, nicht ohne Grund, weil ich glaube, es ist eine Menschenaufgabe, die wir im Augenblick zu bewältigen haben, und das können wir nur gemeinsam. Wir müssen aber auf allen Ebenen etwas tun.

Wir müssen – eigentlich kann das gar nicht mehr unstrittig sein – bei allen Gesetzesvorlagen, die der Senat dem Abgeordnetenhaus vorlegt, auch eine Klimafolgenabschätzung haben. Wir haben bisher Abschätzungen zu den finanziellen Auswirkungen. Wir haben Abschätzungen zu den Genderaspekten, aber natürlich müssen wir heute auch sagen: Was heißt das, wenn wir ein neues Gesetz verabschieden wollen, für die Klimagerechtigkeit, für die Klimanotwendigkeit? Ist es in den Zeiten der Klimakrise überhaupt noch opportun, was wir dort vorhaben? – Wir sollten und müssen auch definieren, dass wir bei allen Neubauten in Berlin so etwas wie eine Solardachpflicht, Solarpflicht, aufnehmen. Alle, die nicht ein verschattetes Dach haben, sollen und müssen klar sagen, wenn sie neu bauen: Auf jeden Fall muss eine Solaranlage auf das Dach – ob nun Solarthermie oder Photovoltaik, ist letztlich eine Definitionsfrage –, und bei allen Bestandsgebäuden haben wir den Masterplan Solarcity. Den müssen wir Realität werden lassen.

Wir haben als Parlament gute Grundlagen gesetzt, schon in der letzten Legislaturperiode erstaunlicherweise mit einer sehr großen – das muss man mal sagen, das ist schon ein paar Jahre her – Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“. Ich kann allen nur empfehlen, mal reinzuschauen. Bis auf zwei, drei Punkte, wo die CDU zum Schluss ausgestiegen ist, war zu 95 Prozent Konsens, was wir dort beschlossen haben. Das ist eine sehr gute Arbeitsgrundlage dafür, dass wir das auch so umsetzen.

Da muss man eben auch konstatieren, dass das, was wir von der Bundesebene sehen, gute Ansätze sind. Wenn man sich das Klimapaket der Bundesregierung im Detail anschaut: Viele richtige Dinge, aber in Summe, muss ich sagen, als zu leicht bewertet. Es ist nicht ausreichend, was die schwarz-rote Bundesregierung bisher aufgeschrieben hat. Das ist nicht verbindlich genug, nicht klar genug. Wenn wir uns den CO₂-Preis anschauen, der gelten soll: Was soll das für eine marktwirtschaftliche Lenkungswirkung entfalten, wenn am Anfang 10 Euro und nach ein paar Jahren 40 Euro pro Tonne herauskommen? – Ich glaube, wir brauchen deutliche Preissignale, denn die Preise sagen nicht die Wahrheit. Das, was wir alle an Umweltbelastung mit jedem Konsum vornehmen, mit jedem Handeln oder Nichthandeln, ist bisher nicht eingepreist, und das ist falsch. Die Preise sagen nicht die Wahrheit. Darum brauchen wir diesen CO₂-Preis. Dann muss man aber auch sagen: Klimapolitik muss nicht nur nachhaltig sein, muss klare Signale senden, sondern sie muss auch sozial ausgewogen sein.

Da gibt es eigentlich ein ganz einfaches Prinzip, wo ich mich immer frage, warum sich das nicht in den Diskussionen durchsetzt: dass wir hier in Deutschland hohe CO₂-Preise ausweisen – da kann man die Schweiz oder andere Länder als Vorbild nehmen –, aber gleichzeitig

eine Klimaprämie für jeden Menschen, der hier wohnt. Das heißt, ich sage es mal in klaren Worten: Meinen Grundbedarf an Energie, den ich als Einzelperson habe, bekomme ich zum halben Preis, und alles andere kostet den normalen großen Preis. Aber den ersten, den Grundbedarf, kriege ich zum halben Preis. Das ist ein ganz einfaches Prinzip. Dort, wo mein erster Wohnsitz ist, bekomme ich die Grundausrüstung mit Energie, vielleicht auch mit anderen Dingen, zum halben Preis, und alles andere muss ich zum vollen Preis bezahlen. Das heißt, wer sehr viel verbraucht, zahlt nämlich nicht bloß doppelt, weil er mehr verbraucht, sondern er hat dann nicht diesen Grundpreis, sondern er hat den normalen Marktpreis, und das sollten die Anbieter, die Energieversorger, in ihrer eigenen Kostenkalkulation entsprechend nachweisen können. Das ist machbar. Das ist, glaube ich, ein sehr einfaches Prinzip. Da hat man eine Klimaprämie, die unmittelbar jedem einleuchtet: Dein normaler Grundbedarf, das ist halber Preis. Der Rest ist dann ein voller Preis, und der ist dann entsprechend mehr.

Dass wir – die Senatorin hat es angesprochen, damit will ich auch zum Schluss kommen – die Stichworte Energiewende und Verkehrswende in Berlin noch ambitionierter anfassend müssen, unterstreichen wir. Man muss fairerweise sagen: Wir haben seit anderthalb Jahren ein Mobilitätsgesetz Berlin. Da stehen gute und wichtige Forderungen drin, aber die Umsetzung kann und muss noch schneller gehen. Vielleicht müssen wir auch darüber reden, dass wir an einigen Stellen nicht erst mal Sachen drei oder fünf Jahre durchprüfen: Wo ist der Strich noch ein bisschen besser angebracht und wo nicht? –, sondern mit einem Sofortmaßnahmenpaket zeigen: Können wir nicht bei einigen Punkten, was die Schnellausweisung von Haltestellenkaps, von Radwegen oder anderen Dingen angeht, sagen, das ist erst mal eine provisorische Anbringung, das ist aber etwas, womit wir einen schnellen Mehrwert in der Stadt generieren, anstatt dass wir uns totprüfen? – Mitunter habe ich das Gefühl und auch wir insgesamt als Fraktion, dass wir da besser werden können, besser werden müssen. Wenn wir das alle zusammen angehen, können wir diese Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen, meistern, aber wir müssen uns wirklich anstrengen. Wir sollten es tun. Es ist aller Ehren wert. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Kössler für Bündnis 90/Die Grünen ist nun dran.

Georg Kössler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ein bisschen schmerzt es mich. Ich habe mit dem Kollegen Taschner vor einigen Jahren das Bündnis Kohleausstieg Berlin gegründet. Wir wollten in die Politik gehen und alles besser machen, und jetzt sitzen wir hier und sind trotzdem irgendwie selber auf der Anklagebank. Eigentlich sollte diese Anhörung umgekehrt sein. Eigentlich sollten wir alle da vorn sitzen, und Sie, sehr verehrte Anzuhörende, sollten uns fragen, warum wir uns loben, dass wir ein paar Bäume mehr pflanzen, während der Amazonas brennt und wir gleichzeitig ein Mercosur-Abkommen abschließen wollen. Sie sollten uns fragen, warum wir über einzelne Radwege und Parkplätze streiten, anstatt die Innenstadt autofrei zu machen, warum wir es auch in diesem Haushalt nicht geschafft haben, Klimaschutzmanager für alle Bezirke festzulegen. Eigentlich brauchten wir eine Super-Umwelt-Klima-Senatsverwaltung mit durchgreifenden Kompetenzen. Sie sollten uns fragen, warum wir ein Jahr gebraucht haben, um festzulegen, dass auf allen Schulen PV-Anlagen sein müssen, während Leute auch in meiner Generation überlegen, ob es überhaupt Sinn macht, noch Kinder in die Welt zu setzen, die zu Schulen gehen können. Das sind die Fragen, die Sie uns stellen sollten und die wir dann alle vielleicht mitnehmen. Nun haben wir aber ein paar Fragen an Sie.

Herr Buchholz hat schon einige Sachen von uns Grünen erwähnt, und ich freue mich über den Konsens. Er hat erwähnt, dass wir im Koalitionsvertrag festgehalten haben, dass wir die Klimaziele des Landes an Paris anpassen. Das steht im Koalitionsvertrag. Der bindet auch den Senat. Deshalb freue ich mich auf die Ergebnisse der kommenden Senatsitzungen. Natürlich ist das, was bisher passiert, und das, was angedacht ist, noch nicht genug, weswegen wir viele weitere Ideen haben, die wir hier diskutieren, die wir in Anträgen einbringen werden oder eingebracht haben. Herr Buchholz hat einige Sachen schon erwähnt, wie eine allgemeine Solarpflicht, das Wärmegesetz, was auch im Koalitionsvertrag steht. Wir wollen darüber diskutieren, ob wir Verbrenner aus der Innenstadt verbannen mit einer Frist und wie angemessen die wäre, mit welchen Regeln, und einen Klimavorbehalt, wo wir in der Tat einen Konsens haben, dass im ersten Schritt eine Klimafolgenabschätzung erst mal nicht wehtut, aber Transparenz schafft. Dann müssen wir diskutieren, wie wir darüber hinausgehen.

Ich glaube aber – mich würde interessieren, was Sie davon halten –, wir sind jetzt in einer Zeit, wo Klimaschutz nicht mehr à la Win-Win zu machen ist. Wir kippen ein bisschen Geld drauf, und das wird schon, bundesrepublikanische Politik. Wir haben eine dicke Kasse, reden über die nächste Umgehungsstraße, und irgendwie läuft das schon. Hier muss sich grundsätzlich was ändern. Wir haben Zielkonflikte. Die Zielkonflikte erkennen wir schon jetzt. Die muss man lösen. Wir haben zum Beispiel beim Mietendeckel einen Zielkonflikt – da versuchen wir, mit einer erhöhten Förderung für energetische Sanierung darauf einzugehen; das ist ein ganz großer Zielkonflikt, aber einer, wo beide Güter ganz wichtig sind, da sind wir uns in der Koalition einig –, und wir haben andere Zielkonflikte, ganz klein, auch bei Parkplätzen oder so. Ich finde, da sind wir alle gefragt, die auch klarer zu benennen. Deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar für diese Tischvorlage, die noch mal ganz klar die eine Seite der Argumentation, nämlich die Wissenschaft, die ich persönlich für ein bisschen fundamentaler halte, gut erklärt. Ich hoffe, alle lesen sie sich durch, auch die Kollegin Bentele aus dem Europaparlament, die da hinten ist, die nach meiner Recherche – Sie können mich korrigieren – letzte Woche gegen den Klimanotstand gestimmt hat. Dann lesen Sie sich das einfach noch mal durch. Vielleicht kommt noch mal eine Abstimmung, dann können Sie sich das noch mal überlegen. Bis dahin habe ich ein paar Fragen an Sie.

Sie haben fünf Forderungen, einmal, den Klimanotstand auszurufen. Sie haben schon gesagt, mit der Klimanotlage als Übersetzung, so habe ich Sie verstanden, wären Sie d'accord. Sie sagen, die Ziele müssen angepasst werden. Nun haben wir immer eine Debatte über Jahreszahlen, 2030, 2035. Vielleicht können Sie noch mal erklären, woher die Zahl 2035, 2036 kommt und ob es vielleicht sinnvoll ist, ab einem gewissen Punkt auf einen Budgetansatz überzugehen. So wie ich es verstanden habe: Je länger wir warten, desto näher rutscht diese Jahresendzahl. – Vielleicht könnten Sie dazu noch kurz was sagen. Das würde, glaube ich, einige hier im Saal erhellen.

Zur Reduktion: Es ist klar, dass ganz viel auf Bundesebene ist. Berlin hat den Kohleausstieg beschlossen, hat jetzt in einer Machbarkeitsstudie dargelegt, wie man aus der Kohle aussteigen kann, bis spätestens 2030, hoffentlich vorher. Wir sind da auch dran, dass wir es vorher machen. Mich würde da Ihre Einschätzung interessieren.

Dann sagen Sie bei Nummer vier, wir sollen Alarm machen. Nun, Alarm versuchen wir einzeln, manchmal mehr und manchmal weniger, zu machen. Die Kollegen wissen das. Sie haben gesagt, Städtetag und die Partner alarmieren. Können Sie uns sagen, was wir als Parla-

ment oder der Senat machen könnten oder sollten? Es gibt das C40-Bündnis, das sich allerdings schon zum Climate Emergency, zum Klimanotstand, und zum 1,5-Grad-Ziel bekannt hat. Da hat auch Michael Müller unterschrieben, dass er dieses Ziel mitgeht. Deswegen freue ich mich auf die kommende Senatssitzung am nächsten Dienstag und was da herauskommt. Das ist bereits unterschrieben worden. Aber was darüber hinaus, welche anderen Bündnisse wären da?

Das Fünfte ist Information der Öffentlichkeit: Was stellen Sie sich da vor? Es gibt das digitale Monitoringsystem des BEK. Haben Sie sich das schon mal angeguckt, und was halten Sie davon? Was machen andere Städte diesbezüglich?

Darüber hinaus hätte ich noch zwei Fragen, einmal, was andere Städte sonst noch gemacht haben, die den Klimanotstand ausgerufen haben und wie Sie das einschätzen, Zürich zum Beispiel, Konstanz, Osnabrück. Es gibt so ein paar Sachen. Im internationalen Raum kenne ich mich nicht ganz so gut aus. Vielleicht können Sie uns da ein paar Beispiele bringen. Dann fand ich sehr interessant, das war in der Ausführung ein bisschen zu kurz, fand ich, die sogenannten Kippunkte. Könnten Sie meine Kolleginnen und Kollegen hier im Ausschuss erhellten, was diese Kippunkte eigentlich sind und was es bedeuten würde, wenn diese Kippunkte kippen? – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Für die CDU-Fraktion: Abgeordneter Freymark. – Bitte sehr!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Anzuhörende! Herzlichen Dank für Ihre Zeit, für Ihr Engagement, für Ihre Leidenschaft, auch für Ihre Emotionen! Ich kann das insofern nachvollziehen, weil ich mich immer gern daran erinnere, wie ich als Kind mit der Frage des Ozonlochs konfrontiert war, und nicht verstehen konnte, dass es bei jungen Menschen, die mit besonderer Emotion und Sorge um ihre eigene Zukunft vielleicht sogar demonstrieren gehen oder sich zumindest an Abgeordnete wenden und um Lösungen bitten, so abschlägig, so negativ beschieden wird. Das konnte ich nie verstehen, und ich verstehe Ihr Engagement und Ihre Zweifel an unserem Handeln ganz gut. Ich selbst bin jetzt seit acht Jahren hier und weiß, wie langsam diese Mühlen hier manchmal mahlen. Das sage ich ganz selbstkritisch. Ich sage aber auch in aller Klarheit: Wir sind Ihre Abgeordneten. Unabhängig davon, ob Sie wählen waren und wen Sie gewählt haben, sind wir in sechs Fraktionen diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, das Geld mit auf den Weg zu geben. Das sind bei 31 Milliarden Euro Haushalt in der Zukunft anteilig nur 1,9 Milliarden Euro für Umwelt und Verkehr. Ich glaube, das ist zu wenig. Man muss darüber reden, wie man mehr Geld dafür einsetzen kann. Geld ist natürlich nicht alles, aber mit Sicherheit ein guter Indikator, um zu sehen, welche Prioritäten, welche Schwerpunkte ein Senat, ein Regierender Bürgermeister oder die Koalitionsparteien zu setzen bereit sind.

Erlauben Sie noch diesen kurzen Satz: Die Anwesenheit von Hildegard Bentele erfreut mich klar und deutlich, weil es gut ist, dass wir auf Bundes- wie auf Europaebene miteinander sprechen und miteinander versuchen, Lösungen zu schaffen. Die Berliner CDU hat sich auf den Weg gemacht mit einem Papier „Berlin 2040 – Auf dem Weg zur nachhaltigen Metropole“, das 13, 14 Seiten konkrete Maßnahmen beinhaltet. Vielleicht ist Berlin 2040 zu spät, auch das nehme ich aus der heutigen Anhörung mit, aber nichtsdestotrotz wollen wir die Debatte.

Wir wollen, dass wir darüber sprechen, wie wir besser und schneller werden können und wie wir unseren Planeten erhalten können.

In vielen Plenardiskussionen wurde deutlich, dass wir die Schwerpunkte bei der Energieerzeugung, beim Thema Gebäude und bei den Verkehren zu legen haben. Ohne jetzt im Einzelnen sezieren zu wollen, wo wir wie versagen: Es ist offensichtlich, dass selbst der Koalitionsvertrag von 2016, der nicht ambitionslos war – das sage ich in aller Klarheit, der war nicht ambitionslos –, trotzdem nach dem heutigen Wissen, nach den heutigen Standards, übrigens auch nach dem heute Gesagten, zu kurz greift. Das Problem ist aber nicht nur, dass er zu kurz greift, sondern er ist in der Umsetzung zu langsam oder teilweise gar nicht. Das sage ich auch selbstkritisch. Das gelingt uns nämlich allen offensichtlich nicht gut genug.

Deswegen auch der Vorschlag und die Idee in die Runde: Ich finde es wichtig, dass wir nicht nur den heutigen Dialog nutzen, um Erkenntnisse einzusammeln und danach jeder seine Pressemitteilung rausschickt, wir uns dann alle sechs Monate nicht wiedersehen und dann irgendwann bei irgendeiner Gelegenheit feststellen: Oh! Da hätte man sich eigentlich mal melden oder etwas machen können –, sondern wir müssen den Mut haben, möglichst schnell eine Enquete-Kommission einzusetzen, wo die Anzuhörenden, aber auch andere aus der Stadtgesellschaft, aus Bund und Europa sich beteiligt fühlen und wir so konkret wie möglich Maßnahmen, die auf jeder Ebene beschlossen werden, hier besprechen und auf Berlin konkretisieren, zweitens schauen, wie wir sie transparent machen, denn Nachhaltigkeit, Klimawandel etc. haben immer eine ökonomische und auch soziale Dimension, über die wir sprechen müssen. Wenn wir wollen, dass der Paradigmenwechsel gelingt, dann gelingt er doch nur dann, wenn wir all diejenigen mitnehmen, die sich möglicherweise bisher gar nicht angesprochen fühlen, und das sind nicht wenige. Das werden Sie aus Ihrem Alltag auch kennen. Wie viele Menschen sind einfach an Ihnen groß- und wortlos vorbeigelaufen, als Sie mit Emotion und Leidenschaft um Unterschriften gekämpft haben? – Viele werden leider an Ihnen vorbeigeschritten sein und gesagt haben: Interessiert mich nicht. – Auch diese Menschen müssen wir im Blick behalten und mitnehmen, und deswegen eine Enquete-Kommission, wo wir gemeinsam hier vertrauensvoll beraten, wo wir die alten Laster – alles, was die Opposition sagt, ist Mist, und alles, was die Koalition macht, braucht keiner – hinter uns lassen und bei den Themen vorangehen. Das wäre meine Bitte, und das ist unser Vorschlag als CDU-Fraktion.

Jetzt noch ein paar konkrete Fragen: Beim Thema Forschung, Technologie habe ich bei den Anzuhörenden nicht so viel herausgehört. Sie hatten auch nur eine begrenzte Zeit, sich hier mitzuteilen. Welchen Schwerpunkt sehen Sie darin? Welche Hoffnung und Perspektive verbinden Sie mit Forschung und Technologie?

Dann die Frage an die Senatorin: Sie hatten vorgestern, gestern die schlechte Mitteilung zu machen, dass der Senat Ihre Vorlage, die offensichtlich nicht zeitgemäß war oder die falsche – ich kann das nicht beurteilen –, nicht annehmen konnte. Meine Frage ist: Haben Sie denn das Gefühl, dass andere Senatskollegen und damit diese Koalition Ihnen folgen? Ich glaube zu 100 Prozent, dass Sie das wollen und dass Sie das mit Leidenschaft machen, aber ich habe den Eindruck, dass Sie damit möglicherweise allein stehen oder nicht viele Verbündete haben. Deswegen meine Frage: Wie ist das im Senat? Welche Unterstützung haben Sie dort, und welche wünschen Sie sich darüber hinaus noch?

Die letzte Frage: Wie kann es Ihnen denn als Senat gelingen, die Maßnahmen, die Sie hier mit uns besprechen und beschließen, transparenter in die Bevölkerung zu bringen? Sind Informationskampagnen geplant? Welche Ideen sind bei Ihnen? Ich glaube, dass die Enquete-Kommission auch hierfür ein guter Weg sein kann, dass wir auch neue Wege gehen. Ich glaube, wir müssen aus den alten Mustern heraus. Dafür brauchen wir neue Wege. Ich verstehe die Senatsverwaltung so, dass sie das auch will, und deswegen hoffe ich, dass wir hier in weitere zügige Beratungen kommen, wo wir dann umso konkreter Lösungen zu formulieren bereit sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Jetzt kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Dr. Efler hat das Wort. – Bitte!

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich zu Beginn erst mal bedanken, sowohl bei den Initiatoren der Volksinitiative, bei den Anzuhörenden, bei dem Träger, Herrn Dörre, und auch bei allen 40 000, die diese Volksinitiative unterschrieben haben. Ich weiß, dass damit eine Menge Erwartungen verbunden sind, und ich kann nur sagen, ich werde versuchen, diese Erwartungen, jedenfalls so gut es geht, zu erfüllen. Es ist schon viel gesagt worden. Ich könnte mich vielem anschließen.

Zunächst vielleicht doch noch mal allgemein am Anfang: Das Haus brennt. Ja, das sehe ich auch so. Das Haus brennt in der Tat, und mir macht die Situation Angst, ganz eindeutig, und wenn ich die Ergebnisse oder die Nachrichten von den letzten zehn Tagen sehe: Berichte über Hitzetote in der Region Berlin-Brandenburg, der Waldzustandsbericht hier in Berlin – darauf wurde schon darauf hingewiesen –, der Nature Report, den ich auch gelesen habe, von Schellnhuber und anderen, der auch hier in den Unterlagen mit drin ist, dann kann man einfach nicht mehr übersehen, dass wir in einer Klimakrise sind, wie auch immer man das jetzt sprachlich benennt. Das Haus brennt, und deswegen müssen wir alles tun, natürlich im demokratischen Rahmen, was wir dagegen tun können. Deswegen verstehe ich mich persönlich nicht nur als Politiker in dem eigentlichen Sinne, sondern auch als Teil der Klimabewegung, und ich habe immer wieder Freude daran, wie der Kollege Kössler und andere, zum Beispiel bei Aktionen von Ende Gelände, Extinction Rebellion, Am Boden bleiben und anderen teilzunehmen. Auch diese Aktionen sind sehr wichtig, um die Dringlichkeit weiter nach vorn zu bringen.

Ich will jetzt sehr konkret auf die Forderungen eingehen, denn ich denke, es ist Sinn der Anhörung, dass die Forderungen, die die Volksinitiative vorbringt, von den Abgeordneten erst mal bewertet werden, wohl wissend, dass wir uns danach auch noch mal zusammenfinden und schauen müssen, wie wir dann darauf reagieren. Das wird übrigens sehr schnell passieren. Es wird schon im Januar dazu eine entsprechende Beschlussempfehlung geben. Das heißt, man wird nicht sehr lange warten müssen.

Ich gehe sie mal kurz durch. Den Punkt eins kann ich schnell machen, da sind wir uns anscheinend relativ einig. Ich denke, es wird auf den Begriff Klimanotlage hinauslaufen. Ich halte es tatsächlich für den passenderen und besten Begriff. Ich will mich aber auch nicht weiter darüber auslassen. Ich weiß, dass viele andere den Begriff Klimanotstand gewählt haben. Auch dass meine Partei diesen Begriff in einigen Kontexten verwandt hat, ist mir vollkommen klar. Aber trotzdem stehe ich dazu, dass wir das mit der Klimanotlage sehr treffend beschreiben. Man muss auch ein bisschen sehen, vielleicht war das ein Problem im Europa-

parlament, dass man mit bestimmten Begriffen den Konsens, den man sonst erzielen kann für eine breite Klimapolitik, möglicherweise ein Stück weit kleiner macht. Das ist dann nicht besonders gut.

Dann der zweite Punkt: Das ist zusammen mit dem dritten Punkt das eigentlich Entscheidende. Da muss ich klipp und klar feststellen: Die Volksinitiative hat recht. Die Berliner Klimaschutzziele sind nicht Paris-kompatibel. Das ist eindeutig so, das muss man klipp und klar sagen. Daraus muss man die Schlussfolgerungen ziehen, und die wären aus meiner und aus Sicht der Linksfraktion die folgenden: Erstens, dass wir so schnell wie möglich das Energiewendegesetz ändern und eine Reduktionsquote von 95 Prozent festlegen. Wir haben jetzt nur eine Reduktionsquote von 85 Prozent. Wir haben zwar im BEK das Ziel 95 Prozent, aber es ist durchaus wichtig, dass wir das auch gesetzlich festlegen. Es kann durchaus sein, dass es hier und da mal zu einem Rechtsstreit kommt, und dann wird natürlich das Energiewendegesetz auch mal herangezogen. Wenn wir auf einer höherrangigen Ebene das klare Ziel haben, dann kann das in dem einen oder anderen Fall vielleicht noch bedeutend sein. Das ist, glaube ich, so weit in der Koalition unstrittig.

Was dann passieren muss, und da stimme ich auch zu: Wir müssen es deutlich vor 2050 erreichen. Das ist vollkommen klar. Es gibt auch gute wissenschaftlich belegbare Gründe dafür, warum man das zwischen 2030 und 2035 erreichen sollte. Das habt Ihr hier ausgeführt. Das kann man so sehen. Allerdings, wenn man bestimmte Kriterien heranzieht und bestimmte Dinge bewertet, zum Beispiel Gerechtigkeitskriterien, und aus linker Perspektive sind natürlich immer Gerechtigkeitskriterien heranzuziehen – Von daher ist das wissenschaftlich begründbar für die Bundesrepublik Deutschland. Ich habe aber die Frage, und will das ganz offen sagen, oder mindestens die Unklarheit, ob wir als Stadtstaat Berlin, der ganz andere Voraussetzungen hat als ein Flächenland oder als die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes, rein faktisch, selbst wenn wir diesen politischen Willen aufbringen sollten, in der Lage wären, in nur zehn Jahren oder auch in zwölf oder 15 Jahren tatsächlich Klimaneutralität zu erreichen. Was das bedeutet, müsste man im Einzelnen mal durchdeklinieren, für den Flugverkehr, auch für die Ernährung, für den gesamten anderen Verkehr, für die Energieversorgung. Das hat durchgreifende Konsequenzen. Die kann man wollen. Ich will auch im Grunde dahin kommen, nur ist das wirklich leistbar? Das ist für mich noch eine offene Frage und für die Koalition auch.

Deswegen haben wir zum Beispiel im Doppelhaushalt Geld für eine Studie festgelegt. Wir wollen eine Studie auf den Weg bringen, im nächsten Jahr, wenn der Haushalt beschlossen ist, über eine Verschärfung der Berliner Klimaschutzziele. Ich finde, bevor wir uns wirklich auf eine neue Zahl committen, die wir mit aller Ernsthaftigkeit verfolgen, müssen wir das wissenschaftlich mal untersucht, gegengerechnet, durchgeprüft und auch mit Maßnahmen versehen haben, denn alles andere ist Populismus. Davon haben wir schon viel zu viel in der Politik, und das brauchen wir nicht auch hier noch. Das hilft uns nicht, und dann müssen wir weitergehen.

Im Übrigen noch einen Punkt dazu: Wir sollten uns nicht nur mit einer wissenschaftlichen Studie darüber unterhalten, sondern wir müssen die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft mitnehmen. Deswegen finde ich die Idee, zum Beispiel einen Bürgerrat zu machen, wie es Extinction Rebellion fordert, sehr spannend und könnte mir das auch sehr gut für Berlin vorstellen als ein Element – nicht, dass der Bürgerrat dann entscheidet, was wir zu tun haben –, wie wir uns der Klimaneutralität in Berlin nähern. Das finde ich viel spannender und erfolgversprechender als eine Enquete-Kommission, denn eine Enquete-Kommission hatten wir zur Energiepolitik schon in der letzten Wahlperiode, und wir haben auch kein wirkliches Erkenntnisdefizit, wir haben ein Umsetzungsdefizit, und da müssen wir die Bürgerinnen und Bürger auch mitnehmen. Da ist zum Beispiel die Zufallsauswahl von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen durchaus ein erfolgversprechendes Element. Das wird in England gemacht. Das wird in Frankreich gemacht. Warum das nicht auch mal in Berlin ausprobieren? Ich würde nicht sagen, das ist der Königsweg, aber dass wir die Offenheit für ein solches Modell haben, fände ich erst mal sehr spannend.

Punkt 3 – die Punkte vier und fünf lasse ich aus Zeitgründen weg, weil Ihr auch selber gesagt habt, dass das nicht die zentralen Punkte sind – ist natürlich der entscheidende Bereich: Was machen wir? – Natürlich, wie gesagt, müssen wir das mit einer Studie untersuchen und vielleicht auch mit Mitteln der Bürgerbeteiligung, aber, erstens, es ist mir wichtig, dass das auch ankommt. Das hat auch die Senatorin ausgeführt. Das will ich ausdrücklich unterstreichen. Ja, wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen, aber wir sind dabei, seit Ende 2016 hier sehr ernsthaft sehr ambitionierte Klimaschutzpolitik auf den Weg zu bringen. Es ist noch nicht alles da, wo es sein sollte, und wir haben auch an vielen Stellen, in unterschiedlichen Senatsverwaltungen, Umsetzungsdefizite, aber wir haben auch schon einiges auf den Weg gebracht. Das ist erwähnt worden. Ich will noch mal die Stadtwerke benennen, die auch schon die PV-Installationszahlen sehr deutlich nach oben treiben, was auch die Rolle öffentlicher Unternehmen noch mal deutlich beschreibt.

Aber, und da stimme ich zu, das reicht nicht aus. Da gebe ich sogar mal Herrn Freymark recht. Der Koalitionsvertrag ist ambitioniert. Der gilt übrigens immer noch. Es klang vorhin so, als wenn er gar nicht mehr gelten würde. Er gilt natürlich noch, und wir werden ihn abarbeiten, aber er reicht nicht aus. Wir müssen darüber hinausgehen, übrigens auch für 2050 schon, wenn wir es nicht schaffen, wenn wir nicht weitergehende Maßnahmen erreichen. Unsere Fraktion ist ganz fest der Überzeugung, die Zeit, wo wir ordnungsrechtliche Maßnahmen nicht mehr in Betracht ziehen, ist vorbei. Wir können uns das nicht mehr leisten. Es ist Quatsch, nur auf Förderprogramme, nur auf Beratungen, auf Kampagnen, auf alles andere zu setzen, aber das Ordnungsrecht dogmatisch auszuklammern. Das steht im BEK so als Prämisse drin. Das ist völlig falsch. Das geht nicht mehr. Selbst der Bund ist da ein bisschen weiter. Wir müssen in verschiedenen Bereichen, natürlich verantwortungsvoll und sozialverträglich ausgestaltet, ordnungsrechtliche Maßnahmen ergreifen, und einige davon, die uns vorschweben, sind, erstens, die Solarpflicht bei Neubauten, aber, aus meiner Sicht, auch bei Dachsanierungen, denn wenn wir da einen ernsthaften Effekt haben wollen, müssen wir vor allem in den Bestand hinein. Deswegen verstehe ich nicht so ganz, warum man sich immer so schnell mit den Neubauten zufrieden gibt. Und dann ein Wärmegesetz nach Vorbild Baden-Württembergs, das den Anteil erneuerbarer Energien im Gebäudebestand erhöht, aber, und darüber wird zu selten geredet, auch in der Koalition übrigens, auch eine Regulierung der Fernwärme. Wir können uns nicht mit der Machbarkeitsstudie Kohleausstieg zufriedengeben, die ist auch nicht mit dem Paris-Vertrag kompatibel – by the way –, trotzdem ist es gut, dass wir sie ge-

macht haben, und wir müssen sie auch umsetzen, aber das reicht nicht aus. Wir müssen ganz klar den Fernwärmemonopolisten sagen, wo es lang geht und ihnen auch sinkende CO₂-Grenzwerte vorgeben. Das müssen wir uns trauen. Das wird ein Kampf. Auf jeden Fall sind wir dazu bereit, diesen Kampf mit wirtschaftlich Mächtigen zu führen, denn ohne das wird es nicht funktionieren. Ohne auch ein Anliegen mit wirtschaftlichen Interessen werden wir weder in Berlin noch bundesweit noch global Klimaneutralität hinbekommen.

Verkehrspolitik: Wir wollen langfristig zum fahrscheinlosen Nahverkehr kommen. Wir müssen gucken: Wie bekommen wir mehr Menschen aktiviert, quasi umzusteigen auf umweltfreundlichen Verkehr? Das wird nicht nur gehen mit dem Ausbau des ÖPNV, den wir natürlich auch brauchen, aber die richtigen preislichen Ansätze müssen da gesetzt werden.

Letzter Punkt: Wir wollen unseren Senatorinnen und Senatoren und den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern das Fliegen nicht verbieten, aber zumindest in Deutschland, ja, doch, ehrlich gesagt, verbieten, denn das geht nicht. Wir können nicht auf allen Ebenen sagen und bedauern, dass der Flugverkehr einen immer stärker steigenden Anteil an der Klimakrise hat und gleichzeitig wird fröhlich hin- und hergeflogen in Berlin durch Berliner Senatorinnen und Senatoren und Abgeordnete aller Fraktionen, Parteien und auch Verwaltungsmitarbeiter. Da müssen wir quasi herangehen, und daran arbeiten wir. Ich bin ganz optimistisch, dass wir da auch bald weiterkommen. So weit von mir erst mal. – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Nun Herr Scholtysek für die AfD, bitte sehr!

Frank Scholtysek (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Angesichts der doch sehr knappen Zeit will ich mich gar nicht mit einem großen Eingangsstatement aufhalten. Nur eines vorweg: Wir, die AfD-Fraktion, begrüßen ausdrücklich Volksinitiativen als Ausdruck gelebter Demokratie und der Mitwirkung der Bürger unserer Stadt an politischen Prozessen. Von daher sind wir dem gegenüber grundsätzlich erst mal sehr aufgeschlossen. – Herr Ellenberg! Sie sagten – und ich spreche Sie jetzt mal im Wesentlichen an, weil Sie sagten, Sie wären im Grunde genommen von Anfang an bei dieser Initiative dabei – vorhin, Sie wollen keine Maßnahmen diskutieren, sondern Ziele festlegen. Um Ihre Anliegen und die Ihrer Volksinitiative einordnen und besser würdigen zu können, möchte ich Ihnen eine Reihe sachlicher Fragen zu Ihren Kernforderungen stellen. Frau Glimbovski hatte vorhin gesagt, dem Begriff Notstand würde eigentlich keine rechtliche Bedeutung in Ihrem Verständnis hinterlegt sein, sondern es wäre, um dem Ganzen überhaupt einen Begriff zu geben oder die Wichtigkeit hervorzuheben. Dennoch noch mal, damit ich es klar verstehe: Wie verstehen Sie den Begriff Notstand im Rahmen Ihrer Initiative in Bezug auf die rechtliche und tatsächliche Wirkung? Ist von Ihnen auch geplant und beabsichtigt, einen Notstand im haushaltsrechtlichen Sinne anzustreben, also eine Verschuldung des Landes Berlin über das haushaltsrechtlich zulässige Maß dann auch zu ermöglichen, um Klimaanpassungsmaßnahmen oder Emissionsminderungsmaßnahmen zu finanzieren? Und wenn ja, wie stellen Sie sich dann die Rückzahlung dieser Schulden vor, in welchem Zeitrahmen, aus welchen Mitteln? Wie soll das geleistet werden? Wie lange soll der Klimanotstand andauern? Sehen Sie hier eine zeitliche Befristung als sinnvoll an? Soll der Klimanotstand auf Widerruf festgeschrieben werden? Welche Bedingungen würden Sie bzw. welche Bedingungen sollte das Abgeordnetenhaus an eine spätere Aufhebung dieses Klimanotstandes stellen?

Sie hatten auch gesagt, im Vorfeld haben Sie Gespräche mit den Koalitionsparteien geführt. Warum nicht auch mit den Oppositionsparteien?

Zu Punkt 2 Ihrer Forderungen: Sie fordern, dass Berlin seine Planung anpasst auf Grundlagen des Pariser Übereinkommens. Da stellt sich mir die Frage: Wie sollte die Anpassung der Planung Berlins an das Pariser Abkommen konkret aussehen Ihrer Meinung nach? Welche Änderungen schlagen Sie zum Beispiel für Flächennutzungspläne und Bebauungspläne vor? Sollen Baupläne gestrichen oder eingeschränkt werden zugunsten von mehr Wald und Grünflächen? Wie schätzen Sie den Zielkonflikt ein, dass Berlin mit mehr Einwohnern und mehr Bedarf an Wohnraum konfrontiert ist, zusätzliche Bebauung aber mit Flächenversiegelung einhergeht und sich dadurch dann auch wieder nachteilig auf das Klima auswirken könnte?

Zu Ihrer Kernforderung 3, dass Berlin sofort handeln, den Treibhausgasausstoß drastisch reduzieren soll: Welche Gase genau meinen Sie mit Treibhausgas? Welchen Ausstoß von welchen Gasen soll Berlin in welchem Maß reduzieren? Was meinen Sie mit drastisch reduzieren? Können Sie eine Größenordnung angeben, um wie viel der Ausstoß reduziert werden soll? Dann spricht das Übereinkommen von Paris davon, dass die Städte aufgerufen sind, ihre Anstrengungen zu verstärken und Maßnahmen zur Emissionsminderung zu unterstützen. Wie könnte Ihrer Ansicht nach diese Anstrengung aussehen? Wie ist nach Ihren Vorstellungen die bestmögliche Unterstützung des Landes Berlin zu Maßnahmen der Emissionsminderung? Weiterhin heißt es im Übereinkommen von Paris, dass die Städte aufgerufen sind, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und ihre Anfälligkeit gegenüber den negativen Folgen des Klimawandels zu verhindern. Welche Maßnahmen könnten Ihrer Auffassung nach hierzu dienlich sein? Welche sollte das Land Berlin bevorzugt ergreifen?

Zu Punkt 4: Sie fordern, dass Berlin seine Partner alarmiert, zum Beispiel im Städtetag und im Bundesrat. Da stellt sich uns die Frage: Sind Sie wirklich der Auffassung, dass Alarmismus, also panikartig hektischer Aktivismus, der Sache wirklich dienlich ist? Und wenn ja, wie vertragen sich Alarmismus und Panikmache mit der Pflicht der Stadt Berlin, im Rahmen Ihrer Planung, öffentliche und private Belange gerecht und gegeneinander abzuwägen? Dazu wäre eher ein kühler Kopf und eine sachorientierte Berücksichtigung aller Belange vonnöten und nicht Alarmismus.

Zu 5: Sie fordern, dass Berlin die Öffentlichkeit ständig über diese Punkte informiert. Was stellen Sie sich da vor? In welchem Turnus soll die Öffentlichkeit informiert werden?

Dann ganz kurz: Es wurde vorhin auch eine Abhängigkeit von Temperatur und Sterblichkeit in den Raum gestellt. Ich habe zwischenzeitlich mal recherchiert. Vielleicht können Sie mir erläutern, wie es erklärbar ist, dass die Sterblichkeitsrate pro 10 000 Einwohnern in Ländern wie Litauen und Lettland fast am höchsten auf der Welt ist, in den Wüstenstaaten Bahrain, Kuwait und Katar aber am geringsten. Das wäre genau dem entgegengesetzt, was Sie hier gesagt haben.

Dann noch Fragen an den Senat: Der Senat hat vom Abgeordnetenhaus umfangreiche Mittel zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung bewilligt bekommen. Von denen ist aber bisher nur ein Bruchteil verwendet worden. Welche Maßnahmen plant der Senat konkret, um die Anfälligkeit der Stadt gegen negative Folgen des Klimawandels zu vermindern und Maßnahmen zur Emissionsminderung zu unterstützen? Ist der Senat der Auffassung, dass solche

Maßnahmen durch die Ausrufung eines Klimanotstandes, wie von der Volksinitiative vorgeschlagen, befördert werden? Wenn ja, wie soll das konkret geschehen? Das wäre alles. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! – Wir machen weiter mit Herrn Schmidt von der FDP-Fraktion. – Bitte!

Henner Schmidt (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – In der Gesamtsituation haben wir sicherlich eine extrem kritische Herausforderung mit den Klimaänderungen. Wir wissen auch, dass die Pariser Vereinbarung – selbst wenn man nur vom Zwei-Grad-Ziel redet – weder durch die internationalen Commitments, die es bisher gab, noch durch die europäischen noch durch die deutschen noch durch die Berliner Maßnahmen erfüllt wird. So weit ist erst mal die Ausgangslage klar aus meiner Sicht. – Wir haben auch sichtbare Klimaveränderungen bereits in der Stadt, deswegen haben wir im Haushalt darüber diskutiert. Wir haben auch Anträge dazu eingebracht, da wir uns jetzt schon auf Dinge einstellen müssen. Wir haben erst mal eine ausgesprochen große Herausforderung. Ich möchte ganz bewusst darauf verzichten, wie viele andere hier darzustellen, was wir alles Tolles selber machen, denn wir sind in einer Anhörung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, genauer zu hinterfragen, was in der konkreten Vorlage der Volksinitiative steht, denn wir müssen in diesem Hause damit umgehen, darauf antworten und formal damit zurechtkommen. Deshalb würde ich einfach durch die fünf Punkte durchgehen und dazu Fragen stellen.

Erster Teil: Klimanotstand. – Sie haben in der Begründung stehen, dass das höchste Priorität hat. Herr Efler hat es schon angesprochen. Natürlich gibt es Zielkonflikte, nicht nur wirtschaftliche, auch soziale. Wie geht man mit den Zielkonflikten um? Heißt höchste Priorität wirklich, das ist das allerhöchste Ziel von allem, was Sie da meinen?

Das Zweite: Die Forderung, die Planung anzupassen. – Da sind verschiedene Dinge drin. Das eine ist, Sie gehen sehr stark, auch in Ihren Präsentationen, auf das Energiewendegesetz und auf die Ziele, die dort stehen, und aufs BEK ein. Ich bin immer ein bisschen skeptisch bei solchen Dingen, die im Gesetz stehen, denn dadurch passiert es noch nicht von alleine. Wir hatten auch bei anderen Klimazielen auf europäischer und deutscher Ebene bereits die Erfahrung gemacht, dass Dinge, die irgendwo stehen, nicht erfüllt werden. Deshalb die Frage: Was haben Sie noch an anderen Planungsinstrumenten im Sinn? Man kann sicherlich im Verkehrsbereich, im Wärmebereich, bei Gebäuden, bei der Stadtentwicklung eine ganze Menge machen. Was kann man noch machen, um tatsächlich die dreieinhalb Millionen Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen? – Denn egal, was das Land Berlin plant, es geht um das individuelle Verhalten der Leute, die hier wohnen. Das Land Berlin kann das mit seinen Planungen, selbst mit seinen Gesetzen nur in gewissen Grenzen beeinflussen. Welche Möglichkeiten hat man da noch, Menschen stärker zu motivieren?

Das Ziel netto Null 2030 ist schon eine schwierige Sache. Es ist natürlich nicht die Aufgabe der Initiative, Maßnahmen vorzuschlagen. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen zu entwickeln. Trotzdem ist es schon so, dass wir immer wieder an Punkte kommen. Die Machbarkeitsstudie wurde erwähnt. Wir wollen den Kohleausstieg 2030, aber da steht jetzt drin: Nur mit Gas. – Das ist dann aber nicht klimaneutral. Dadurch, dass man wissenschaftliche Studien anfertigt, kommen manchmal auch Dinge heraus, wo sich dann vielleicht herausstellt, dass nicht alles erreichbar ist. Zum Beispiel im Wärmebereich: Die Vorstellung, in zehn Jahren jedes einzelne

Haus in Berlin umzustellen, finde ich wirklich schwierig. Was passiert eigentlich, wenn wir nur einen Teil dieses Ziels erreichen?

Dann bin ich über einen Satz gestolpert, dass Sie nur sichere und bereits einsatzfähige Technologien für die weitere Planung einsetzen. Wie ist denn das zu verstehen? Wenn man es böse verstehen will, könnte man sagen, man will jede Art von Innovation ausschließen. Das kann es ja nicht sein. In zehn Jahren passieren immer wieder neue Dinge. Es kommen immer wieder wissenschaftliche Entwicklungen, technische Dinge, die man natürlich auch nutzen will. Was steckt eigentlich dahinter? Sie haben es bestimmt nicht so gemeint, dass das komplett ausgeschlossen werden soll, aber es könnte missverständlich sein, so wie es da steht.

Dann zum Thema Handeln: Erst mal ist es richtig, sofort zu handeln. Jede Maßnahme, die schnell greift, ist natürlich erst mal wirksamer als eine, die später zuschlägt. Berlin macht eine ganze Menge. Das wurde eben auch gerade von der Koalition sehr stark aufgelistet. Sie haben in Ihrer Begründung ausgerechnet ein paar kleine Maßnahmen, die sicherlich erst mal geringe Effekte haben, würde ich mal schätzen. Wie bekommt man die wirklich große Lücke dann gelöst?

Als Kommentar: Eine Enquete-Kommission halte ich nicht für sinnvoll. Ich sehe das wie der Kollege Efler, wir haben kein so großes Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Es ist, glaube ich, auch kein Zufall, dass Herr Freymark da aufgesprungen ist, denn aus meiner Sicht verzögert das einfach nur die Debatte um zwei, drei Jahre, und das würde ich mir ungern leisten wollen. Deshalb: Wie kann man Institutionen oder Organisationen schaffen, die tatsächlich stärker umsetzungsorientiert sind? Eine Enquete-Kommission ist immer noch sehr – – Wir lernen und schreiben auf, was wir gelernt haben, aber es ist auch in der Vergangenheit nicht sonderlich maßnahmenorientiert gewesen. Könnte man diese Runde, die da zu machen ist, vielleicht anders aufsetzen?

Zu der Forderung Alarmieren nur eine Bemerkung: Ich habe immer das Gefühl, dass wir uns eher andere Städte derzeit als Vorbilder nehmen und nach Paris, Los Angeles und Madrid pilgern, als dass andere auf uns gucken, weil wir da so großartig sind. Ich habe eher das Gefühl, dass man die Berliner stärker alarmieren müsste.

Letzter Punkt: Die Öffentlichkeitsplattform. – Die finde ich wirklich spannend, weil ich glaube, dass erst dadurch, dass diese Lücke tatsächlich deutlich wird, die noch zu füllen ist, egal, zu welcher Zeit und wie groß die ist, aber zu sagen, wir haben das und das an Maßnahmen, das und das ist noch abzudecken, löst einen unheimlichen Motivationseffekt aus, neue Maßnahmen, zusätzliche Maßnahmen zu finden. Haben Sie schon ein bisschen konkreter Ideen dazu? Wir haben auch gerade als FDP einen Antrag dazu eingebracht. Könnte man das nicht auch dauerhaft machen? Sie reden da über Berichte. Man könnte sich aber auch vorstellen, dass man ständig online ist, dass man also an jedem Tag den aktuellen Stand sieht. Wäre das eine Möglichkeit, da heranzugehen? Gibt es woanders schon ein Vorbild dafür? Gibt es schon etwas, was man sich angucken kann, wo vielleicht andere Städte oder Länder schon was haben, was in ähnlicher Form funktionieren könnte? – Das wären erst mal meine Fragen. Ich bin gespannt auf die Antworten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Dr. Altuğ für Bündnis 90/Die Grünen, bitte!

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Danke, Herr Vorsitzender! – Die Herausforderung ist eine Jahrhundert- bzw. Jahrtausendaufgabe. Ich denke, bei dieser Aufgabe ist nicht nur die Politik gefragt, sondern auch die Zivilgesellschaft. Das gehört zu einem demokratischen Land. Es gibt in unserem Land viele Menschen, über 70, 80 Prozent, die sagen, dass die Klimafrage eine wichtige Frage ist. Der Klimawandel ist da. Es gibt leider auch Vertreterinnen und Vertreter, manche Parteien auch in diesem Haus, die sagen, dass es den Klimawandel gibt, aber es gebe keinen vom Menschen gemachten Klimawandel. Kurzum: Von diesen 70, 80 Prozent wollen deutlich weniger aktiv was dagegen tun, wenn es darum geht, dass sie zum Beispiel für den Sprit noch mehr zahlen müssten und, und, und. Ich meine, dass wir unseren Konsum reduzieren müssen, dass wir anders leben müssen, dass wir unsere Lebensart und -weise radikal ändern müssen. Wenn es darum geht, dann sind leider wenige dazu bereit. Wie gehen Sie damit um als Initiative? Wie sieht es in Ihrer Altersgruppe aus, wenn es darum geht, dass wir unsere Lebensart und -weise radikal ändern müssen? – Danke!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Herr Freymark für die CDU-Fraktion!

Danny Freymark (CDU): Herr Vorsitzender, vielen Dank! – Ich beeile mich natürlich. Ich will nur noch mal ganz kurz erwidern. Der Vorschlag einer Enquete-Kommission ist darauf basierend, dass ich der festen Überzeugung bin, dass wir Expertise von außen einbeziehen müssen. Im Übrigen schließt das die Bürgerschaft nicht aus. Ich glaube, ich bin der einzige anwesende Politiker hier im Raum, der einen Bürgerbürobeirat hat mit 25 Bürgern aus meinem Wahlkreis, die mich monatlich beraten und unterstützen und die zugleich auch ein wichtiger Referenzraum sind, um miteinander immer wieder im Gespräch zu bleiben. Das ist eine gute Beteiligungsmöglichkeit. Ich verstehe die Reflexe. Niemandem der Anwesenden spreche ich Motivation ab. Versuchen Sie es doch vielleicht auch so zu halten, dass Sie unsere Motivation als glaubhaft einschätzen! Das haben wir in den letzten Wochen, Monaten und Jahren immer wieder nachgewiesen. Wenn Sie öfter unsere Anträge annehmen würden, wären wir vielleicht auch einen Schritt weiter. Das haben Sie aber nicht getan, und das ist Ihr gutes Recht.

Für mich ist die einzige Frage an die Anzuhörenden: Wie bewerten Sie die Idee, Sie stärker einzubeziehen? Fühlen Sie sich vom Senat und den Koalitionsparteien einbezogen genug, sodass Sie sagen, wir brauchen kein weiteres Gremien, um konkrete Maßnahmen zu besprechen, oder halten Sie das für einen gangbaren Vorschlag? Wie der dann ausgestaltet ist und wie schnell er eingesetzt wird, liegt an den Beteiligten. Von unserer Seite aus könnte es morgen losgehen, weil wir davon überzeugt sind, dass wir davon mehr brauchen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Herr Abgeordneter! – Das war die Redeliste der Abgeordneten. Ich frage trotzdem in die Runde, weil ich auf jeden Fall verhindern möchte, dass wir eine zweite Rederunde machen, ob es noch Bedarf gibt. – Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Frau Senatorin Günther hat zunächst für den Senat das Wort. – Bitte!

Senatorin Regine Günther (SenUVK): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es wurden auch einige Fragen an den Senat adressiert. Aber bevor ich zur Beantwortung komme, finde ich, zumindest nach dem, was ich jetzt hier gehört habe, dass die meisten Äußerungen doch in die Richtung gehen, dass Sie sehr große gesellschaftliche Unterstützung haben, dass Sie Unter-

stützung aus diesem Haus haben, dass wir uns aber über die ganz konkreten Vorschläge verständigen müssen. Dass aber ein großer politischer Wille da ist, so schnell wie möglich alles zu tun, um die Klimakrise abzuwenden, das haben Sie, glaube ich, gehört, und das freut mich auch persönlich.

Die Fragen, die an mich adressiert wurden: Was war in der Senatssitzung? Fühle ich mich unterstützt? – Ja, ich fühle mich unterstützt von den Kolleginnen und Kollegen. Nichtsdestotrotz waren dann doch noch Fragen offen, die wir in der jetzigen Woche zu klären versuchen. Wir sind in diesem Prozess. Dem möchte ich nicht vorgreifen, und insofern werden wir sehen, ob wir nächsten Dienstag mit weißem Rauch da herauskommen, was ich sehr stark hoffe, weil ich glaube, dass wir sehr wichtige Punkte haben, weil auch bei uns die Zielverschärfung drin ist. Insofern werden wir jetzt noch mal intensiv auch mit den Kollegen, die noch Fragen haben, in die Diskussion gehen.

Von Herrn Scholtyssek war die Frage zum Mittelabfluss. – Wir stellen in Kürze den BEK-Bericht vor, wo Sie die Ergebnisse konsolidiert erhalten: Wie sind die Mittel abgeflossen? In was sind sie abgeflossen? – Wir arbeiten natürlich daran, konkrete Anpassungsmaßnahmen vorzubereiten. Wir haben sie schon vorgestellt. Gerade im Waldbereich sind es Anpassungsmaßnahmen. Man kann sie auch als senkende Maßnahmen verstehen, aber so, wie wir sie konzipieren, sind es vor allem natürlich Anpassungsmaßnahmen, um den Wald in seiner Funktionsfähigkeit zu erhalten.

Emissionsminderung, wie beschleunigen wir das? – Wir sind gerade dabei on top auf das, was wir uns vorgenommen haben – Ich möchte noch mal darauf verweisen, Infrastruktur verändern Sie nie mit dem Beschluss, sondern das hat immer eine bestimmte Vorlaufzeit, sowohl bei der Mobilitätswende als auch bei den Veränderungen der Energieträger im Energiebereich als auch im Gebäudebereich.

Die letzte Frage war: Wenn wir die Klimanotlage anerkennen, befördert das schnellere Lösungen? – Das ist im Grunde die Frage: Wenn wir uns noch mal über die Dramatik der Situation verständigen, werden wir dann noch mehr Maßnahmen an den Start bekommen? – Ich hoffe, ja. Das ist genau die Intention, dass es nicht bei Symbolik bleibt, sondern mit dieser Notlage weitere Maßnahmen schnellstmöglich verabschiedet werden. Die Kolleginnen und Kollegen haben einige davon genannt, was in diesem Möglichkeitsraum diskutiert wird. Wir müssen uns dann in der Koalition verständigen, wie so was dann konkret aussieht. Aber natürlich folgt auf dieses Anerkenntnis dann auch ein Maßnahmenkatalog.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke, Frau Senatorin! – Nun kommen wir zu Ihnen, Herr Ellenberg!

Moritz Ellenberg: Vielen Dank für die Beiträge und die Fragen! – Ich habe versucht, das mitzuschreiben. Zum allerersten Beitrag von Frau Günther: Klimanotstand. – Wir fordern die Ausrufung des Klimanotstandes. Das ist ein international anerkannter Begriff. Er hat sich etabliert. In Deutschland ist er überall etabliert, in 70 Städten und Kommunen. Wenn Sie meinen, Sie müssen das Klimanotlage nennen, dann sehen wir das vom Inhaltlichen genauso. Wir fordern allerdings auch die Ausrufung des Klimanotstandes.

Unser zweites Ziel ist – das betrifft einige Beiträge –, dass die Ziele nach dem Pariser Übereinkommen angepasst werden. Da gibt es diverse wissenschaftliche Berichte und Artikel. Wir sind relativ nah am Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, die das auch relativ klar noch mal belegen. Die sagen ganz klar: Deutschland muss 2030 klimaneutral sein. Wir sind hier, damit wir diese Ziele anstreben und durchsetzen. Die Grundlage ist: Gibt es auch eine Budgetrechnung? – Es gibt ein Gesamtbudget, wo vorausgesagt wird, dass wir damit 1,5 Grad nicht überschreiten. Dann haben wir einen gewissen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Wir haben einen Pro-Kopf-Ausstoß in Deutschland. Wenn man das zusammenrechnet, kommt man auf 2030. Wir haben Ihnen auch einen Bericht von Herrn Prof. Rahmstorf beigelegt, der das noch mal sehr plausibel berechnet. Er hat das auf 1,75 Grad berechnet. Das ergibt 2035. Da gibt es bestimmte kleine Abweichungen, auch wenn man das auf Berlin herunterbricht, von ein bis zwei Jahren. Allerdings sind uns 2050 und die Absicht, auch in der Senatsvorlage, die Klimaschutzziele des Berliner Energiewendegesetzes anzupassen mit einer Erhöhung von 85 Prozent Minusreduktion auf minus 95 Prozent, unverständlich. Das sind 20 Jahre Diskrepanz. Das kann man nicht mit 10 Prozent Reduktion in irgendeiner Form wettmachen. Wir sind dann immer noch bei klimaneutral 2050. Das bedeutet die Beerdigung von Paris. Im Koalitionsvertrag haben Sie gesagt, Sie möchten die Pariser Ziele ambitioniert umsetzen. Da drüben gibt es das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Wir können uns gerne mit denen zusammensetzen. Wir können das durchrechnen. Wir können das alles tun. Sie haben sich vertraglich dazu verpflichtet, Paris umzusetzen, und 2050 ist die Beerdigung von Paris, und 2030, wir können auch noch zwei oder drei Jahre draufschlagen, ist die Umsetzung von Paris und die Begrenzung auf 1,5 Grad. Die Kippunkte laut IPCC, als ein Beispiel die Korallenriffe: Bei 1,5 Grad sterben 70 Prozent, bei 2 Grad sterben 100 Prozent der Korallenriffe. Damit sterben alle Fische im Wasser. Und wie viele Millionen Menschen sind auf dieser Welt auf Fische hinsichtlich Proteinquellen angewiesen? Das ist nur ein Kippunkt. Der wird bei 2 Grad erreicht. Wir wissen, dass Frau Merkel gesagt hat, wir sind auf dem 3-Grad-Kurs, was die Ziele angeht. Wir sind aktuell weit von den Zielen entfernt, sowohl in Berlin, in Deutschland als auch weltweit.

Zum Thema Klimavorbehalt – die Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, auch für den Senatsbeschluss: Wir haben gesagt, wir reden über die Ziele, denn bevor man die Ziele nicht klar hat, wie soll man dann gucken, welche Maßnahmen wie wirken und was die bringen, wenn man sowieso schauen muss, welche CO₂-Reduktion kann dadurch denn erreicht werden? Wenn wir dann aber über Maßnahmen reden, ist der Klimavorbehalt ein gutes Mittel, um zukünftige Investitionen oder Projekte auf deren Klimafolgen zu überprüfen. Das geht aber in die Zukunft. Damit können bestehende CO₂- oder Treibhausgasemissionen nicht reduziert werden. Man müsste das kombinieren und sagen: Man schaut bestehende Verordnungen und deren Klimafolgen an und geht dann darauf ein. – Das wäre ein Zusatz. Aber der Klimavorbehalt an sich ist keine sofortige drastische Reduktionsmaßnahme. Das geht in die Zukunft.

Noch mal auf Frau Günther bezogen: Uns geht es um die Zielstellung. Das, was bisher diskutiert wurde, das, was wir gesehen haben, was nächste Woche zur Beschlusslage vorliegt, sind alles Absichtsbekundungen. Das sind keine Anpassungen der Ziele. Das hat mit Paris nichts zu tun.

Zu Herrn Buchholz von der SPD: Ich hatte eben schon diese Berechnung des Gesamtbudgets Treibhausgasemissionen angesprochen.

Ja, wir wissen, die Bekämpfung der Klimakrise kostet Geld, und es ist Aufgabe des Parlaments und der Verwaltung, das sozialverträglich zu gestalten. Allerdings, auch wenn es um das Thema Wohlstand geht oder um soziale Standards: Die Klimakrise ist der größte Wohlstandsvernichter unserer Zeit. Wenn wir die Fakten nicht anerkennen und nicht sofort handeln, dann zerstört die Klimakatastrophe all unsere Lebensgrundlagen. Das können wir nicht mit einem Vorbehalt oder Ähnlichem angehen. Dafür müssen Sofortmaßnahmen auf den Weg gebracht werden, die sofort CO₂ reduzieren.

Vorsitzender Oliver Friederici: Sind Sie fertig?

Moritz Ellenberg: Ich bin noch dabei. Ich hatte noch was zum Kohleausstieg. In einer Vattenfall-Studie steht:

Selbst wenn unterstellt wird, dass der Kohleausstieg bis 2030 vollzogen sein kann und bis 2050 95 % der Emissionen reduziert werden, kann mit keinem der technisch realisierbaren Szenarien das 2°C Limit gewährleistet werden.

Sie sprechen von einem Kohleausstieg – wir waren selbst bei der Demonstration der „Roten Linie“ dabei – und stellen damit 65 Prozent auf Gas um. Das erzeugt Treibhausgasemissionen; das wissen wir alle. Sie stellen auf 15 Prozent Müllverbrennung um. Das erzeugt Treibhausgasemissionen, und das wissen wir auch alle.

Ich komme nun zum Beitrag von Herrn Kössler: Es gibt durchaus Städte, die bereits den Klimanotstand ausgerufen oder ambitionierte Treibhausgasreduktionsziele umgesetzt haben. Da würden wir Sie bitten, sich mit diesen Städten in Verbindung zu setzen und dort Anregungen zu holen, mit welchen Maßnahmen man sofortige Treibhausgasreduktionsziele umsetzen kann. Es gibt ein Monitoring für die CO₂-Emissionen in Berlin. Da ist der Bericht von 2015. Laut der Presseerklärung haben wir auch die Zahlen von 2016 mit minus 31,4 Prozent. Das ist eine große Differenz. Wir fordern, dass das Monitoring im besten Fall quartalsweise einzusehen ist – und damit, welche CO₂-Ausstöße Berlin aktuell generiert für das laufende Jahr. Nur so können wir überhaupt beurteilen, wo wir stehen, ob Paris eingehalten wird, ob wir unsere Klimaschutzziele erreichen oder nicht. Das Monitoring ist – wie die Sechs in der Schule – aktuell völlig ungenügend. Das, was wir diBEK nennen, müsste mit Maßnahmen hinterlegt werden, die aufzeigen, wie viel CO₂-Ausstoß dadurch reduziert werden kann und wie der Erfüllungsstand ist. Das, was da aktuell einsehbar ist, sind Projekte oder Artikel – das ist eine völlige Farce.

Zum Beitrag von Herrn Freymark von der CDU: Ja, auch wir haben Menschen getroffen, die bei uns vorbeigelaufen sind und nicht unterschrieben haben. Im politischen Sinne können wir Ihnen allerdings jetzt nicht so viele Tipps geben, wie Sie politisch Menschen mitnehmen können auf diesem Weg Richtung Klimaschutz. Wir können nur vorgeben, wie der Zielpfad aussieht. Die Maßnahmen und der Weg dorthin, das müssen wir schon zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern und deren gewählten Volksvertretern entscheiden.

Zu Herrn Efler: Ja, wir müssen es berechnen, welche Maßnahmen wie viel CO₂ einsparen. Dann würden wir Sie bitten, so schnell wie möglich – nicht nur hier in Berlin, sondern auch mit anderen Städten europaweit, weltweit – zu schauen, wie viele Maßnahmen dadurch berechnet werden können. Wir als Bürgerinitiative haben leider nicht die Ressourcen, Maßnah-

men auf Reduktionswerte untersuchen zu lassen. Da sehen wir deutlich bessere Ressourcen bei Ihnen. Wir würden Sie bitten, diese Studien sofort in Auftrag zu geben, die Ziele anzupassen und dann die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Zu Herrn Scholtysek: Da habe ich nicht alle Fragen mitschreiben können. „Climate Emergency“ – Klimanotstand – ist kein rechtlicher Begriff und hat auch keinerlei Anspielungen auf irgendwelche Notstandsgesetze. Es ist frei aus dem Englischen übersetzt, von „climate emergency“. Wir haben am Anfang Anfragen an alle Oppositionsparteien zu Gesprächen gestellt, außer an die AfD. – [Zurufe] –

Vorsitzender Oliver Friederici: Herr Ellenberg hat das Wort, meine Herren, und sonst keiner. – Herr Ellenberg! Fahren Sie bitte fort!

Moritz Ellenberg: Noch zu Herrn Schmidt – oder: Ich überlasse gerne den Damen das Wort!

Vorsitzender Oliver Friederici: Das können Sie gerne machen. Wir danken Ihnen, Herr Ellenberg, und schreiten gleich voran mit Frau von Neumann-Cosel. – Bitte sehr!

Luisa von Neumann-Cosel: Vielen Dank! – Ich sehe das ein bisschen wie Sie, Frau Günther, dass wir hier viel Unterstützung erfahren. Aber ein bisschen sehe das auch nicht so. Ein bisschen möchte ich jetzt gerne wieder Wasser in den Wein kippen und deutlich machen, dass wir nicht überall einen Konsens sehen. Was wir hier einfordern, ist nicht nur, dass Sie den Notstand in der Atmosphäre anerkennen, den wir haben – was ich von ganz vielen von Ihnen gehört habe, dass Sie das teilen –, sondern dass Sie auch den Notstand in Ihrem Haus akzeptieren und anerkennen – und wahrnehmen: Dass wir in der Situation sind, in der wir jetzt sind, liegt daran, dass Sie die letzten Jahre nicht genug getan haben und dass Sie jetzt nicht genug tun. Von Herrn Kössler und Herrn Efler kamen da sehr deutliche Signale. Von der anderen Seite des Tisches – tendenziell auch von Ihnen, Herr Buchholz – habe ich ganz viel Lob für die eigene Politik gehört. Wir möchten hier gerne noch mal deutlich machen: Das, was passiert, ist prima, aber es reicht vorne und hinten nicht. – Das ist unsere ganz deutliche Botschaft.

Frau Günther! Wir finden das Vorhaben, die Ziele zu verschärfen im Sinne einer Erhöhung im Energiewendegesetz zum Beispiel auf minus 95 Prozent bis 2050, prima – es reicht nur nicht. Das war kondensiert die Aussage unserer vier Vorträge hier. Eine Erhöhung der Ziele auf minus 95 Prozent bis 2050 ist nicht ausreichend, nicht Paris-kompatibel und reicht nicht aus, damit wir unter der kritischen 1,5-Grad-Schwelle bleiben, sondern wir brauchen deutlich mehr.

Was wir denn nun deutlich mehr brauchen – da würde ich gerne eines sagen zum Budgetansatz: Das ist natürlich der einzig sinnvolle und richtige; das haben Sie vorhin auch angesprochen. Das ist völlig klar. Wenn wir die wissenschaftlichen Fakten anerkennen wollen, dann ist es logisch, dass wir damit anfangen, den Budgetansatz ernst zu nehmen und ihn als Grundlage für unser ganzes Handeln sowie alle Maßnahmen und Ziele anzuerkennen. Dann folgt logisch aus einem Budgetansatz, der ermittelt: Wie ist denn das für Berlin verbleibende CO₂-Budget, das uns zur Verfügung steht? –, dass wir daraus einen Zielpfad definieren, mit dem wir dann zu Jahreszahlen kommen. Es kann natürlich nicht andersrum sein. Selbstverständlich hilft es uns auch nicht, wenn wir 2035 klimaneutral sind, wenn wir aber bis 2034 den CO₂-Ausstoß,

den wir jetzt haben, unverändert lassen. Es ist völlig klar: Es kommt auf den Zielpfad und das darunterliegende Budget an, nicht auf einzelne Jahreszahlen.

Es freut uns – oder mich zumindest – zu hören, dass Sie schon an eine Studie denken oder diese bereits in Auftrag gegeben haben, denn es ist, glaube ich, völlig klar, dass es der erste Schritt ist, den wir brauchen, wenn wir über eine Anpassung der Ziele reden, die Notwendigkeiten und Versprechen des Pariser Klimaabkommens ernst nehmen, dass wir dann berechnen: Was muss Berlin eigentlich tun, und wie kommen wir dahin? – Das empfinde ich als wichtigen und sinnvollen ersten Schritt. Wichtig ist uns jetzt – da würde ich gerne den Finger noch mal in die Wunde legen – Folgendes: Ich fand, es gab viele Punkte, und es hat mich gefreut, dass es auch von der Seite des Tisches viel Anerkennung für das Problem gab und auch viele Vorschläge für Maßnahmen. Ich hatte nur ein bisschen das Gefühl: Was wir immer alle gerne tun, ist, über die einfachen Maßnahmen zu sprechen; also zum Beispiel: Lassen Sie uns doch noch mal in einer Enquete-Kommission zusammensitzen und reden! Oder: Lassen Sie uns doch ein vernünftiges Monitoringsystem einrichten, mit dem man gut sehen kann, wo wir gerade stehen! – Das sind die Punkte, bei denen es immer am einfachsten ist, die uns aber letzten Endes nicht weiterbringen. Ich habe nichts gegen Enquete-Kommissionen. Ich glaube nur, die haben wir eigentlich genug gehabt. Wir haben keine Zeit mehr, lange zu reden und uns lange zu informieren, sondern wir müssen jetzt endlich handeln. Ich glaube, Fridays for Future hat es so formuliert: Wenn wir nur den Notstand ausrufen, wenn wir nur darüber reden, wenn wir ihn nur anerkennen, aber nichts tun, dann ist das wie eine Feuerwehr, die immer nur alarmiert rumläuft und ruft: Es brennt, es brennt! –, aber nicht löscht. – Das können wir uns nicht leisten. So einfach ist es.

Ich werde gerne noch ein Wort zum Thema Kippunkte sagen, weil Sie darum gebeten haben. Da geht es nicht nur um die Korallenriffe, sondern das ist ein Ökosystem, das unwiederbringlich verlorengeht, und das sehr früh. Es passiert schon bei einer – in Anführungszeichen – sehr geringen Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad, dass dieses Ökosystem unwiederbringlich verlorengeht. Das Wesentliche an Kippelementen oder Kippunkten im Erdsystem ist die Tatsache, dass, wenn diese Elemente erreicht sind, also wenn eine gewisse Schwelle erreicht ist, dann treten sich selbst verstärkende Effekte ein, wo wir keinen Einfluss mehr haben, diesen Prozess noch aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen. Klassische Beispiele sind das Abschmelzen des westantarktischen Eisschildes, das Abschmelzen des arktischen Meereises im Sommer oder das Schmelzen der alpinen Gletscher. Da gibt es bestimmte Punkte – wenn die erreicht sind, gibt es kein Zurück mehr. Das ist nicht nur deswegen problematisch, weil es schön ist, wenn es auch im Sommer im Arktischen Meer Eis gibt, sondern auch weil das dramatische Effekte hat, beispielsweise den Anstieg des Meeresspiegels. Und über den sogenannten Albedo-Effekt tritt noch eine zusätzliche Erwärmung ein, wenn das Meereis abschmilzt. Das sind ganz dramatische Punkte, die wir nicht erreichen dürfen. Das ist etwas, was ich noch mal betonen würde zum Thema: Es ist teuer. Es ist problematisch. Es gibt Zielkonflikte. Wie sollen wir das denn alles erreichen? – Ich würde Sie gerne bitten, bei all diesen Entscheidungen, die Sie treffen, immer mit zu bedenken: Was ist die Alternative? Was passiert, wenn wir diese Ziele nicht erreichen? Können wir uns das wirklich leisten? Können wir dafür verantwortlich sein, dass wir diese Kippunkte überschreiten und unseren Planeten dann in einen nicht mehr bewohnbaren Zustand bringen, wo wir ernsthaft von einer Bedrohung der Zivilisation sprechen müssen?

Jetzt habe ich schon viel gesagt. Ich wollte gerne noch einen Satz sagen, weil Sie, die Kollegen aus der AfD-Fraktion, überrascht waren, dass wir nicht mit Ihnen ins Gespräch gegangen sind: Das war für uns eine ganz einfache Entscheidung. Von einer Partei, die den menschengemachten Klimawandel nicht anerkennt, haben wir uns einfach wenig Unterstützung erhofft und hatten deswegen nicht den Bedarf, da im Detail mit Ihnen zu sprechen.

Herr Schmidt! Zu den Zielkonflikten wollte ich gerne noch einen Satz sagen: Es freut mich, dass die FDP-Fraktion sich als Vorkämpferin in der sozialen Sache sieht. Ich würde gerne noch mal betonen, dass wir das ganz ähnlich sehen, dass es Zielkonflikte und Punkte in dieser Debatte gibt, die wir um die Anpassung der Klimaziele und überhaupt um den Umgang mit der Klimakrise führen, die nicht einfach, sondern schwierig werden. Worum wir werben wollen und was für uns eine ganz klare Sichtweise auf die Dinge ist, besteht darin, dass es nicht immer nur Zielkonflikte im klassischen Sinne sind, sondern an vielen Stellen eine sozialökologische Transformation auch eine riesengroße Chance bietet, soziale Gerechtigkeit herzustellen und sozial nachzusteuern an den Stellen, wo es sozial gerade sehr ungerecht zugeht. Das ist, glaube ich, die andere Seite der Medaille, dass unterlassener Klimaschutz oft und fast immer die Ärmsten der Gesellschaft am härtesten trifft. Insofern sehen wir das eher als etwas, das Hand in Hand gehen muss und kann und dann auch riesengroße Chancen für unsere Gesellschaft eröffnet.

Einen letzten Satz würde ich gerne noch zum Thema „Wie sehen und erleben wir das in unserer Altersgruppe?“ sagen, wobei ich mich gar nicht unbedingt als Vertreterin der Altersgruppe von Fridays for Future sehe – dafür bin ich deutlich zu alt –: Was man deutlich wahrnehmen kann – das haben sowohl die großen Demonstrationen in den letzten Monaten gezeigt als auch das, wie und zu welchem Anteil die Demonstrationen und die Bewegung, die wir da gerade erleben, von sehr jungen Menschen geprägt sind –, ist doch das offensichtliche Bild, dass die Gesellschaft sehr viel weiter ist, als wir es in diesem Kreis hier vielleicht sind. Die Forderungen werden von vielen jungen Menschen gestellt, aber es wurde, glaube ich, Ende September bei den großen Demonstrationen, die hier viel zu Wort kamen, deutlich, dass das nicht nur die jungen und ganz jungen Menschen sind, die dort auf die Straße gehen, sondern dass es wirklich ein Querschnitt der ganzen Gesellschaft ist, der da demonstriert und aufsteht – und sehr deutlich sagt: Wir wollen mehr als das, was ihr tut. Ihr könnt uns mehr zumuten. Wir erkennen diese Ausreden – „Das ist doch den Menschen nicht zumutbar!“ – nicht mehr an. – Das ist der beste Beweis, dass wir als Gesellschaft und als Bürgerinnen und Bürger mehr wollen als das, was gerade passiert.

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke Ihnen, Frau Neumann-Cosel! – Wir machen weiter mit Frau Glimbovski. – Bitte sehr!

Milena Glimbovski: Ich möchte mich auch noch mal gegen eine Enquete-Kommission aussprechen. Ich bin Unternehmerin, ich mache gerne; ich nenne mich Diktatorin in meiner Firma, denn wenn ich etwas gut finde und glaube, dass es richtig ist, kann ich es gleich umsetzen. Ich weiß, dass das in der Politik so nicht geht. Ich würde mir trotzdem wünschen, dass man weniger redet und einfach mal macht. Mit einer Kommission würde genau das Gegenteil stattfinden. Ich glaube auch, dass es bereits genug Expertinnen und Experten sowie Studien gibt, die exakt sagen, was zu tun ist und welche Maßnahmen möglich sind.

Ich würde mir wünschen, dass Sie mutiger werden und Unbequemlichkeit aushalten. Sie fragen nach Zielkonflikten. – Ja, Konflikte gibt es. Dann muss man sie halt aushalten. Ich selbst wohne an der Bergmannstraße. Ich weiß nicht, wer von Ihnen hierfür verantwortlich war: Da wurde ja viel gemacht in der Bergmannstraße mit den Dingen da, mit den Pollern, und viel diskutiert in der Presse. Ich persönlich wünsche mir eine autofreie Bergmannstraße und fand das toll, wie es war, und kann nicht fassen, dass es zurückgebaut wird. Ich weiß, das ist nicht das Thema, aber es ist eines dieser kleinen Beispiele, wie man vielleicht einfach aushalten muss, unbequem zu sein und einfach mal zu machen.

Es gab noch die Frage: Warum nur sichere Technologien nutzen? – Wir möchten uns nicht von unsicheren Technologien abhängig machen! – Aber es geht auch darum, dass wir heute, wie schon Frau Neumann-Cosel gesagt hat, einfach keine Technologien haben, die so weit sind, in dem Maße zu handeln. Und auf die Zukunft zu vertrösten – das wäre doch toll, wenn irgendwer mal irgendwas erfindet –, ist sehr naiv. Das können wir so nicht verantworten.

Zum Monitoring noch ein paar Worte; dann bin ich auch fertig: Stellen Sie sich vor, ich würde als Unternehmerin einfach mal drei Jahre lang keine Steuererklärung machen! Wie schnell würde das Finanzamt bei mir auf der Schwelle stehen? – Oder ich würde einfach gar nicht auf meine Zahlen gucken und einfach mal sagen: Ja, wir eröffnen jetzt in Friedrichshain noch einen Laden und in Prenzlauer Berg. – Die Frage nach dem Monitoring, die Herr Kössler gestellt hat, der wissen wollte, wie wir das bewerten: Da muss sich was tun, und zwar schnellstmöglich, eilig. Ich verstehe nicht, wie das so lange verzögert und vernachlässigt werden konnte, wo es doch eines der wichtigsten Tools ist, nachdem die Ziele feststanden. – Mehr habe ich nicht hinzuzufügen und möchte das Wort gern an Frau Söller weitergeben.

Vorsitzender Oliver Friederici: Sehr gerne, Frau Glimbovski! – Frau Söller! Sie haben das Wort, bitte sehr!

Jana Söller: Danke schön! – Ich rufe noch mal das Bild auf, das das erste Bild meines Inputs war, und gehe auf die Kippunkte ein, und zwar noch ein bisschen deutlicher. Wir werden aller Voraussicht nach bald den Punkt erreichen, an dem wir die sogenannten Feedback-Loops oder Rückkopplungseffekte lostreten, die dann unabhängig vom menschlichen Handeln die Erderwärmung weiter vorantreiben. Ich nenne zwei Beispiele: erstens die Waldbrände. Diese sind nicht nur lebensbedrohlich für alle Lebewesen in der direkten Umgebung, sondern auch Quellen gigantischer Treibhausgasemissionen. Bei den zerstörerischen Bränden im US-Bundesstaat Kalifornien 2018 wurden beispielsweise so viele Treibhausgase freigesetzt, wie der Bundesstaat pro Jahr für seine Energieversorgung emittiert. Wenn Wälder abbrennen, gehen diese nicht nur als CO₂-senkend verloren – sie werden auch „die grünen Lungen unserer Erde“ genannt, wie wir wissen –, sondern die in den Wäldern gespeicherten Kohlenstoffe werden ebenfalls freigesetzt. Das Problem dabei ist, dass Waldbrände immer wahrscheinlicher werden, je mehr Erderwärmung wir haben. Und je mehr Waldbrände wir haben, desto mehr treibt das wiederum die Erderwärmung voran. Genau solche Teufelskreise meinen wir, wenn wir von Kippunkten reden.

Dramatisch wird das Ganze, wenn wir beispielsweise über den Amazonas-Regenwald reden. Dieser gigantische Kohlenstoffspeicher ist durch seine Feuchtigkeit momentan noch ganz gut vor großflächigen Waldbränden geschützt – in Führungsstrichen. Aber mit zunehmender Erwärmung schwindet diese Feuchtigkeit, und auch der Amazonas könnte zu einem Großteil

Waldbränden weiterhin zum Opfer fallen. Dabei werden nun mal enorme Treibhausgasemissionen freigesetzt.

Ein weiteres Beispiel ist der Albedo-Effekt: das Abschmelzen der Arktis und Antarktis, also Prozesse, die bereits in vollem Gange sind. Hier ist das Problem, dass Eis deutlich mehr Sonneneinstrahlung reflektiert als dunkles Meerwasser. Das weiße Eis reflektiert in etwa 90 Prozent der einfallenden Sonnenenergie. Das dunkle Meerwasser hingegen reflektiert nur etwa 5 Prozent der Sonneneinstrahlung und absorbiert 95 Prozent der einfallenden Energie in Form von Hitze. Je mehr Eis abschmilzt, desto weniger Sonnenenergie wird reflektiert und desto mehr Hitze wird absorbiert. Das führt unter anderem dazu, dass die Temperaturen in der Arktis mehr als doppelt so schnell steigen wie der globale Durchschnitt. Während die Erde sich bisher um 1 bis 1,5 Grad erwärmt hat, ist es an den Polen bereits 3 bis 4 Grad wärmer. Ein 2018 veröffentlichter Forschungsartikel zeigt dementsprechend auf, dass wir bereits jetzt wohl nichts mehr daran ändern können, dass wir 2030 eine völlig eisfreie Arktis haben werden.

Zum Punkt von Herrn Buchholz – das habe ich jetzt mehrmals gehört –: Wie können wir mehr Menschen aktivieren? Wie nehmen wir die Bevölkerung mit? Und wie stellen wir uns das Alarmschlagen vor? – Ich nenne hier ein Beispiel von meiner Universität: An der Technischen Universität Berlin gibt es in diesem Semester die Ringvorlesung Klimaschutz, die zweimal in größere Räume verlegt werden musste, bis das Präsidium der Universität die Anzahl der Teilnehmer auf 500 festgelegt hat. Die Teilnehmer kommen aus sämtlichen Hintergründen, da die Vorlesung offen für alle ist. Es gibt 45 Minuten Input und anschließend 45 Minuten Diskussion. Gerade in meinem Studienfach, den Bildungswissenschaften, in dem sehr viele engagierte Menschen sind, die ebenfalls Aufklärungsvorträge anbieten, welche sie gemeinsam mit den Scientists for Future ausarbeiten, gerade dort – auch im Schul- und Bildungswesen – ist die Nachfrage sehr groß, wie man diese Klimavorträge auf hoher Ebene und in großer Masse umsetzen kann. Prinzipiell bedeutet Alarmschlagen, die Bevölkerung noch besser zu informieren, zu erklären, was derzeit schon passiert, worauf wir zusteuern und was dies für die heutigen Kinder und für alle Menschen, die ab heute geboren werden, bedeutet.

Wie man mehr Menschen aktiviert und bei diesem Prozess mitnimmt? – Man kann darüber informieren, was jeder Einzelne tun kann: von der Ernährung über Reisen bis hin zu Abfällen. Dazu gehört auch, dass alle Institutionen und Geschäfte – von Banken über Krankenkassen bis hin zu Unternehmen mit Kleidungs- und Ernährungsprodukten – transparent mit ihren eigenen Emissionen – also mit den Herstellungsmethoden – umgehen, dass es Pflicht wird, den Konsumenten über den kompletten Prozess zu informieren. Dann hat jeder Bürger tatsächlich die Möglichkeit, seine Konsumententscheidungen bewusst zu treffen.

Das schließt auch an die Frage an, wie wir damit umgehen, dass viele Menschen nicht dazu bereit sind, ihr Verhalten zu ändern und sich einzuschränken bzw. den Konsum zu reduzieren. Ich persönlich appelliere prinzipiell an den gesunden Menschenverstand. Wenn das eben Genannte umgesetzt würde, wenn die komplette Berliner Bevölkerung über die vorliegenden Zahlen, über den Herstellungsprozess informiert würde, wäre es kaum abzusehen, wie viele dann tatsächlich bereit wären, ihren Konsum zu reduzieren. Ein Großteil der Menschen, die nicht an der TU, die sich als grüne Universität rühmt, studieren, an denen ich tagtäglich vorbeilaufe, haben keine Ahnung davon, was gerade eigentlich passiert. Ich habe einige Freunde, die sich gelähmt fühlen, vor mir in Tränen ausgebrochen sind, in Depressionen versinken.

Dazu waren keine Panikmache und kein Alarmismus notwendig. Sie haben sich schlicht und ergreifend die sehr rational ausgedrückten vorliegenden Fakten angeschaut und darüber nachgedacht. Solange die Regierung und die gewählten Vertreter der Bevölkerung nicht sichtbar auftreten, Stellung beziehen und die Leitung vorgeben, wie sollen kleine Bürger sich dann dazu ermutigt fühlen? – Es herrscht zu wenig Transparenz. Deswegen bin ich auch der Meinung, dass das Monitoring definitiv auf Quartalsabschnitte festgelegt werden sollte, also dreimonatlich. Ich bin mir ebenfalls sicher, dass regelmäßige Bürgerräte – ob sie in der Nachbarschaft, also in jedem Bezirk einberufen werden oder für die ganze Stadt – die persönlichen Entscheidungen und den persönlichen Aktivismus der Bevölkerung deutlich vorantreiben können. – Danke schön!

Vorsitzender Oliver Friederici: Danke auch Ihnen, Frau Söller! – Ich darf feststellen: Die Anhörung ist hiermit beendet. Tagesordnungspunkt 2 wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Im Namen des Ausschuss danke ich Ihnen vier sehr herzlich, dass Sie heute hier waren. – [Allgemeiner Beifall] – Ich wünsche Ihnen einen guten weiteren Weg. Der Tagesordnungspunkt ist jetzt hier beendet.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Verfahrensregeln

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (alt 3) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.